

# Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter  
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 32.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 9. August 1913.

Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Uden, Arefeld. Tel.-Nr. 1358. Beleg-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

15. Jahrg.

## Die Beendigung der Aussperrung in der Bocholter und Rheder Textilindustrie.

Unsere Bemerkung am Schlusse des Artikels in voriger Nummer über die Aussperrung in Bocholt und Rhede hat sich als zutreffend erwiesen. Die Aussperrung ist beendet.

Die Situation war verschärft worden durch den Beschluß der Fabrikanten-Vereinigung vom 17. Juli, wonach diese erst nach Wiederaufnahme der Arbeit darüber beraten wollte, ob sie die außer der Lohnfrage bereits früher gemachten Zugeständnisse aufrecht erhalte, und für den Fall der Nichtwiederaufnahme der Arbeit sogar damit drohte, auch das Zugeständnis in der Lohnfrage wieder zurückzuziehen. Die Arbeiterschaft stand einmütig zusammen. Auch die Drohung, daß der Verband münterländischer Textilindustrieller den Bocholter und Rheder Arbeitgebern beispringen und eine allgemeine Aussperrung im ganzen Münsterlande erfolgen würde, vermochte weder unseren Verband noch die Arbeiterschaft in ihrer Stellungnahme zu beeinflussen. In Anbetracht des scharfen Verhaltens der Arbeitgeber war der Friedensschluß noch nicht so bald zu erwarten. Die Dinge bekamen jedoch bald eine Wendung.

Am 27. Juli ging unserer Verbandsleitung durch den Herrn Bürgermeister folgender

### Friedensvorschlag der Fabrikanten-Vereinigung

zu:

1. Die Resolution vom 12. Juli wird aufrecht erhalten. Sie lautet: Nach Wiederaufnahme der Arbeit wird die Fabrikanten-Vereinigung die Löhne in der Weise regeln, daß sie diejenigen Lohnsätze, die zu niedrig sind, nach Rücksprache mit den Arbeiterauschüssen bzw. den Arbeitern der einzelnen Betriebe erhöht.
2. a) In den Arbeitsräumen werden Lohnlisten ausgehängt.  
b) Bezahlung nach Grundlohn wird angestrebt.  
c) Für Ueberstunden werden 10 Pfg. pro Stunde extra vergütet.
3. Mit der Maßgabe, daß Ausnahmen im beiderseitigen Einverständnis zulässig sind:  
a) Die Gewichtslohnung kommt im Fortfall.  
b) Warten auf Material in den Webereien wird vom ersten halben Tage an vergütet, und zwar für schmale Stühle bis 100 cm pro Stuhl und Stunde 8 Pfg., für breite Stühle über 100 cm 12 Pfg.  
c) Die 10 stündige Arbeitszeit wird in allen Betrieben eingeführt.  
d) Wöchentliche Lohn- bzw. Abschlagszahlung wird eingeführt.
4. Erfolgt zu den Punkten 1 und 3 bis zum 15. Oktober keine Verständigung zwischen den Arbeiterauschüssen bzw. den Arbeitern der einzelnen Betriebe und den Firmen, so soll die Fabrikanten-Vereinigung die Entscheidung treffen.

Diesem Vorschlag war folgendes Schreiben des Herrn Bürgermeisters beigelegt:

„Bocholt, den 27. Juli 1913.

An den verehrl. Verband christl. Textilarbeiter, hier.

In der Anlage übersende ich ergebenst den mir soeben von der Fabrikanten-Vereinigung übermittelten Friedensvorschlag. Der stellvertretende Vorsitzende der Vereinigung hat hierzu namens der Fabrikanten-Vereinigung mündlich folgende Erklärungen abgegeben:

1. Maßregelungen der Arbeiter finden nicht statt.
2. Es ist in Aussicht genommen, mehrere Kommissionen von Fabrikanten mit der Entscheidung zu betrauen. Selbstverständlich werden vor der Entscheidung beide Parteien (Firmen und Arbeiter) gehört, wie aus Punkt 1 und 3 hervorgehen dürfte.
3. Der Wunsch der Arbeiter bezüglich der Einführung einer einheitlichen Entlohnungsgrundlage ist schon durch die Zusage 2 b erfüllt.
4. Nach Wiederaufnahme der Arbeit gehen die einzelnen Firmen mit den Arbeiterauschüssen bzw. den Arbeitern unverzüglich an die Regelung sowohl der Lohnfrage als auch der sonstigen Zusagen.

gez. Wesemann.“

Dieser Vorschlag entsprach dem, was sowohl die Arbeiterauschüsse wie auch unsere Mitglieder ein-

stimmig in einer früheren Resolution als Voraussetzung für die Wiederaufnahme der Arbeit bezeichnet hatten.

Am Montag, den 28. Juli, nahmen zunächst

### die Arbeiterauschüsse zu der neuen Sachlage

Stellung. Die Arbeiterauschüsse sprachen sich durch nachstehende Resolution einstimmtig für Wiederaufnahme der Arbeit aus:

„Die heute, am 28. Juli, versammelten Arbeiterauschüsse hiesiger Textilbetriebe nehmen von dem, dem Herrn Bürgermeister übermittelten Friedensvorschlag der Fabrikantenvereinigung und der von letzterer dazu abgegebenen Erklärung, wonach die Resolution vom 12. Juli bezüglich der Lohnfrage sowie die früher dem Herrn Regierungs- und Gewerbeamt Pirsch gemachten Zugeständnisse aufrecht erhalten werden, Kenntnis. Da hiermit die in der Resolution der Arbeiterauschüsse vom 18. Juli betonte Voraussetzung für die Beendigung des Kampfes erfüllt ist, sprechen sich die Arbeiterauschüßmitglieder für die Wiederaufnahme der Arbeit aus.“

Mit dieser Stellungnahme glauben die Versammelten, auch im Interesse des gesamten Gewerbs- und Wirtschaftslebens Bocholts zu handeln. Die Arbeiterauschüsse sprechen die bestimmte Erwartung aus, daß sich bei der bevorstehenden Regelung bzw. Erhöhung der Löhne die Arbeitgeber von einer loyalen und wohlwollenden Absicht gegenüber den Arbeitern leiten lassen und daß die Lohnverhältnisse nunmehr eine durchgreifende Verbesserung erfahren. Zugleich sprechen sie die Hoffnung aus, daß nach Beendigung des jetzigen Lohnkampfes wieder ein gutes und verträgliches Verhältnis zwischen Arbeiter und Arbeitgeber Platz greifen möge. Die Arbeiterauschüsse sind ihrerseits bereit, nach Kräften auf die Verwirklichung dieser Hoffnung hinzuwirken.

Die Versammelten wollen es nicht unterlassen, dem Herrn Regierungs- und Gewerbeamt Pirsch, dem Herrn Bürgermeister, dem Herrn Gewerbeamt Müller, dem Ausschuss für Gewerbebeförderung sowie den hiesigen Gewerbetreibenden den herzlichsten Dank auszusprechen für ihre fortgesetzten Friedensbemühungen, wie auch der Bürgerschaft für die der Arbeiterschaft entgegengebrachten Sympathien.

In die Gesamtarbeiterchaft richten die Arbeiterauschüsse die dringende Aufforderung, die während der jetzigen Bewegung bewiesene Einigkeit und Geschlossenheit auch fernerhin zu bewahren und nach Kräften zur weiteren Erhaltung und Stärkung der Organisation beizutragen. Wie jetzt, so soll auch in Zukunft die Lösung sein: Alle für Einen, Einer für Alle.“

### Auch die anwesenden Genossen stimmten für diese Resolution.

Es ist gut, dieses hier festzustellen, um der jedenfalls demnächst einsetzenden „besonderen Stellungnahme“ des sozialdemokratischen „Textilarbeiters“ eine Richtlinie zu geben.

Die am anderen Tage stattgefundenen Mitgliederversammlung unseres Verbandes, welche von über 2000 Mitgliedern besucht war, stellte sich ebenfalls einmütig auf den von den Arbeiterauschüssen eingenommenen Standpunkt. Es wurde zunächst eine dahingehende Resolution angenommen:

„Die heutige Versammlung erklärt sich mit der gestern von der Versammlung der Arbeiterauschüsse angenommenen Resolution und der Wiederaufnahme der Arbeit einverstanden. Indem die Versammlung diese Resolution zu der ihrigen macht, stellt sie zugleich fest, daß diese Stellungnahme auch der Resolution der Mitgliederversammlung vom 19. Juli entspricht.“

In der folgenden Resolution, welche von einem Vorstandsmitglied der Ortsgruppe eingebracht wurde, wird der Verbandsleitung Anerkennung ausgesprochen:

„Die am 29. Juli im „Großen Kurfürsten“ tagende, von mehr als 2000 Mitgliedern besuchte Versammlung des christlichen Textilarbeiterverbandes spricht dem Verbands- und seiner Leitung für die entschiedene und erfolgreiche Wahrung der Arbeiterinteressen in dem nunmehr beendeten Kampfe Dank und Anerkennung aus. Sie erklärt ihre volle Uebereinstimmung mit der Taktik und dem Verhalten der Verbandsleitung in der jetzt beendigten Bewegung. Die christlich organisierte Textilarbeiterchaft Bocholts betont aufs neue

ihr unerschütterliches Vertrauen zur Leitung ihrer Organisation und verspricht, nach wie vor fest und treu hinter dem Verband und seiner Leitung zu stehen und sich durch keine gegnerischen Angriffe darin beirren zu lassen. Der beendete Kampf der Textilarbeiter hat wiederum gezeigt, daß die christliche Textilarbeiterorganisation eine entschiedene Wahrerin der Arbeiterinteressen ist.“

Diese Resolution wurde ebenfalls einstimmig angenommen. Die Versammlung, an welcher auch der Zentralvorstand teilnahm, verlief in seltener Einmütigkeit und Begeisterung.

Am Donnerstag, den 31. Juli, ist die Arbeit fast allgemein wieder aufgenommen worden.

### Im letzten Augenblick kam jedoch noch ein Zwischenfall.

Am Vormittag desselben Tages, als die Arbeit in den Betrieben wieder aufgenommen wurde, erschien in der Bocholter Tagespresse eine Erklärung folgender Inhalts:

Bocholt, 30. Juli 1913.

An die verehrliche Fabrikanten-Vereinigung, hier.

Dem Vernehmen nach ist Anstoß daran genommen, daß mein Brief an den Textilarbeiterverband vom 27. d. Mts. der Fabrikanten-Vereinigung nicht mitgeteilt ist.

Die mündlichen Erklärungen des Herrn Becker sollten nur fragliche Punkte aufklären, besonders sollte in Punkt 4, bei dessen Formulierung Herr Becker nicht beteiligt war, nur der Gang der Verhandlungen zwischen Firmen und Arbeitern nach Wiederaufnahme der Arbeit aufgeklärt werden. Erst nachdem die großen Vorarbeiten der Fabrikanten-Vereinigung erledigt sind, können die Firmen mit den Arbeiterauschüssen bzw. Arbeitern Rücksprache nehmen. Ein neues Zugeständnis ist in dem Punkt 4 nicht enthalten.

Der Bürgermeister. J. A. Der Beigeordnete. gez. Dr. Alf.

Diese Erklärung zeitigte, weil sie unerwartet kam, zunächst Verwirrung unter der Arbeiterschaft. Bei näherem Zusehen ist diese Erklärung aber nicht von besonderer Bedeutung. Es wird darin zugegeben, daß die in dem Briefe des Herrn Bürgermeisters vom 27. Juli angegebenen Erklärungen wirklich abgegeben sind. Nur ist der stellvertretende Vorsitzende der Fabrikanten-Vereinigung, der dem Sinne nach die bestimmte Erklärung abgab, daß die Erledigung der Lohn- und sonstigen Fragen möglichst bald vor sich gehen und nicht über den 15. Oktober hinausgeschoben werden sollte, bei der Formulierung des Punktes 4 nicht mehr zugegen gewesen. Aus dem Wort „unverzüglich“ in dem Briefe des Bürgermeisters vom 27. Juli an unseren Verband, wurde von den Arbeitgebern der Schluß gezogen, daß direkt nach Wiederaufnahme der Arbeit bereits die Verhandlungen gepflogen werden müßten. Die Einzelverhandlungen mit den Arbeiterauschüssen werden aber erst dann beginnen, wenn die Vorarbeiten der Fabrikanten-Vereinigung, welche die Richtlinien für die Beurteilung der Sachlage und des zu schaffenden Grundlohnes angeben, fertig sind. Diese Vorarbeiten der Fabrikanten-Vereinigung sind in etwa 14 Tagen bis 3 Wochen erledigt.

Am Abend desselben Tages wurden die Arbeiter bereits durch Flugblatt über die Bedeutung des Zwischenfalles aufgeklärt, und eine stark besuchte Mitgliederversammlung am Abend des folgenden Tages schaffte volle Klarheit. Abgesehen von diesem Zwischenfall ging sonst die Wiederaufnahme der Arbeit ziemlich glatt von statten.

Die Aussperrung, welche am 23. Juni ihren Anfang nahm, hat mithin 5 1/2 Wochen gedauert. Die Zahl der Ausgesperrten betrug 6800. Unser Verband und die Arbeiterschaft können mit Befriedigung auf die verfloßene Bewegung zurückblicken.

Es war zwar ein harter Kampf, jedoch ein ehrenvoller Abschluß. Wir wollen hier weniger hervor-

haben, daß die Bewegung uns auch einen größeren agitatorischen Erfolg brachte, und die Solidarität der Hochholter und Rbeder Arbeiterschaft mächtig gefördert wurde. Bis zum Schlusse haben die Arbeiter in voller Einmütigkeit und mit der größten Ruhe ausgeharrt. Auch rein materiell ist die Bewegung nicht vergebens geführt worden und bringt der Arbeiterschaft erhebliche Vorteile. Zum großen Teil trat auch bei diesem Kampf — wie so oft im Ministerlande — wieder zu Tage, daß der Gedanke der Gleichberechtigung der Arbeiter auf dem Gebiete der Wahrung eigener Berufsinteressen von den Arbeitgebern wenig Würdigung erfährt. Desterer betonten während der Absperrung die Arbeitgeber, daß sie im Interesse der „Wahrung ihrer Autorität“ nicht nachgeben dürften. Auch nach der Seite hin bedeutet die Bewegung einen moralischen Erfolg. Daß unter so „schmerzlichen Wehen“ und im heißen Ringen die Differenzen ihren Austrag finden mußten, und noch persönliche Polemiken in der Hochholter Tagespresse zwischen unserer Verbandsleitung und der Leitung der Fabrikanten-Vereinigung damit verbunden waren, mag zwar im Interesse eines gegenseitigen auskömmlichen Verhältnisses zu bedauern sein. Im Interesse der Arbeiterschaft wie auch unseres Verbandes, war aber andererseits die Verbandsleitung verpflichtet, mit aller sachlichen Entschiedenheit ihren Standpunkt zu vertreten. Manche Ursachen der Bewegung und besondere Begleiterscheinungen derselben sind jedenfalls noch später eingehender zu würdigen.

Jetzt am Ende des Kampfes schließen auch wir unsererseits uns der in der Resolution der Arbeiterausschüsse zum Ausdruck gebrachten Hoffnung, daß wieder ein gutes und verträgliches Verhältnis zwischen Arbeitern und Arbeitgebern platzgreifen möge, an. Der Verband ist gern bereit auf diesen Boden zu treten, sofern die Arbeitgeber dazu die Möglichkeit bieten und die Wahrung der berechtigten Interessen der Mitglieder nicht beeinträchtigt wird.

## Die Massenstreik-Debatten in der Sozialdemokratie.

### 1. Die tieferen Gründe. Der äußere Anlaß.

Das für oder Wider den politischen Massenstreik führte schon 1905 zu scharfen Auseinandersetzungen in der Sozialdemokratie. Vor allem auf dem Parteitag zu Jena plagten die revisionistischen und radikalen Geister in dieser Frage heftig aufeinander. Nach einem den politischen Massenstreik befürwortenden Referat Bebel's und einer blutdürstigen Debatte oblagte der Radikalklausus. Mit 287 gegen 14 Stimmen faßte der Parteitag eine Resolution, die die „umfassende Anwendung der Massenarbeitseinstellung“ als eines der „wirksamsten Kampfmittel“ der Arbeiterklasse bezeichnet, um einen Anschlag auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht oder das Koalitionsrecht abzuwehren, oder um sich ein wichtiges Grundrecht für ihre Befreiung zu erobern. Praktische Bedeutung hat diese Resolution allerdings nicht erlangt. Bebel selbst gab nach dem Parteitag in einer gemeinsamen Sitzung mit der Generalkommission der „freien“ Gewerkschaften merkwürdig Wasser in den revolutionären Wein und der revisionistische Genosse Edmund Fischer mag nicht so unrecht haben, wenn er in seinem in den „Sozialistischen Monatsheften“ (Heft 14) veröffentlichten Artikel: „Der moderne Putschismus“, die oben erwähnte Resolution als eine „halb und gern vergessene“ und die Stellungnahme des darauffolgenden Parteitages in Rannheim zur Massenstreikfrage, als ein „unständiges Begräbnis“ der letzteren bezeichnet.

Bis vor kurzem hat man denn auch über die Frage des politischen Massenstreiks innerhalb der Sozialdemokratie nur wenig mehr gehört. Jetzt plötzlich aber ist sie wieder aufgetaucht. In der Parteipresse und auf den Parteitagungen wird sie lebhaft erörtert. Auch der nächste sozialdemokratische Parteitag wird sich zweifellos wieder mit ihr zu beschäftigen haben. Warum nun das plötzliche Wiederauftauchen dieser Frage?

Der Gründe sind verschiedene. Die Parteiorganisation stagniert, es geht nicht mehr recht vorwärts. Manche Bezirke haben sogar Verluste zu verzeichnen. Unter den Genossen herrscht eine gewisse Klause, es ist kein Leben mehr in der Hude. Außerdem hat der Anfall der preussischen Landtagswahlen vielen Genossen eine schwere Enttäuschung bereitet. Zwar gewann die Sozialdemokratie einige Mandate, im übrigen aber ist sie im preussischen Landtag genau so einflusslos wie vordem. Dazu kommt, daß es zur Zeit der Partei an zündendem Agitationsstoff fehlt, um die Massen aufzupeitschen zu können. Die Hoffnung der Radikalschule, die Beratung der Behrsvorlage werde zu einem „weit hin schallenden Kampf im Parlament“ führen und so zum „Signal für eine Massenbewegung“ werden, ist zerschanden geworden. Die Behrsvorlage wurde trotz der 110 sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten glatt erledigt. Von einem „weit hin schallenden Kampf“ war im Reichstag nichts zu spüren, ebensowenig von einer „Massen-

bewegung“ draußen im Lande. Die Deckungsfrage wurde sogar mit Hilfe der sozialdemokratischen Fraktion gelöst. Das hat neue Unzufriedenheit erzeugt. Die Erwartungen vieler Parteigenossen über den Einfluß der 110 haben sich nicht erfüllt.

Damit war eine Atmosphäre geschaffen, die dem Wiederaufleben des Massenstreikgedankens günstig war. Mit diesem hofft man die Massen in Bewegung zu bringen; der Massenstreik soll das Wundermittel sein, die „Zwingburg“ der „preussischen Junker“ zu stürmen und das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zum preussischen Landtag, diesem „Hort der Reaktion“, zu erbringen. Dabei berufen sich die Genossen vielfach auf Belgien: „Was in Belgien möglich war, muß bei uns möglich werden.“ Als ob die belgischen Genossen mit ihrem Generalstreik irgend einen positiven Erfolg erzielt hätten! Nicht mit Unrecht meint darum die radikal-sozialistische „Essener Arbeiterzeitung“: „Das letzte Beispiel des belgischen politischen Massenstreiks scheint eine geradezu verheerend gleichmachende Wirkung in den Köpfen mancher unserer Parteiführer angerichtet zu haben.“ Immerhin, die Debatte über die Frage des politischen Massenstreiks „marschiert“.

Den äußeren Anstoß zu der jetzigen Auseinandersetzung gab eine Rede des bairischen Reichstagsabgeordneten Genosse Frank in Wilmersdorf (Berlin). Genosse Frank, von Haus aus Revisionist und Anhänger des Großblutgedankens, markierte zum Verger der roten Rosa Luxemburg den Radikalen und pläbierte für den Generalstreik zur Erringung eines freirechtlichen Wahlrechtes zum preussischen Landtag. „Wenn aber alles Bitten umsonst ist, dann muß es endlich heißen: Heraus den Fabriken, heraus aus den Werkstätten, heraus aus den Kontoren“, so rief er den stürmisch applaudierenden Genossen zu. Dieser Appell an die revolutionären Geister hat bereits Widerhall gefunden. Mehrere weitere in Berlin stattgefundene Versammlungen sprachen sich ebenfalls für den Massenstreik aus. In der einen wurde ein Parteitagbeschuß verlangt, der die „planmäßige Erziehung der Arbeiterklasse zum politischen Massenstreik in die Wege leiten“ soll. Ferner werden die Genossen allerorts, der Parteitag zu Jena und die Genossenschafts- und Gewerkschaftsführer aufgefordert, zur Frage des politischen Massenstreiks Stellung zu nehmen und diesen zu propagieren, damit derselbe „in kürzester Zeit“ durchgeführt werden könne. Von den Parteitagungen, die sich für den Generalstreik aussprachen, seien erwähnt der Parteitag der sozialdemokratischen Partei des Niederrheins, der am 29. und 30. Juni in Düsseldorf stattfand, sowie der Parteitag der oberen Rheinprovinz, der am 5. und 6. Juli in Bendorf stattfand. Der erstere „erblickt in der stärkeren Heranziehung der Massen zum Kampfe (um das preussische Wahlrecht), der erforderlichenfalls bis zum politischen Massenstreik gesteigert werden muß, das gegebene Mittel zur Fortführung des Wahlrechtskampfes“. Er richtet daher „an den Parteivorstand das Ersuchen, mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in Verbindung zu treten, um eine die Propagierung des Massenstreiks bezweckende Entschliessung dem allgemeinen Parteitag vorlegen zu können“. Der Parteitag der oberen Rheinprovinz erklärte ebenfalls: „In viel größerem Maße wie bisher müßten die Massen in Bewegung gesetzt und für den rücksichtslosen Kampf gegen das Dreiklassenystem geschult werden. Die Anwendung neuer und verschärfter Kampfmittel, zu denen auch der Massenstreik zu rechnen sei, müsse mit allem Eifer erörtert und durch Ausbau und Stärkung der Organisationen praktisch vorbereitet werden.“

Auch in der sozialdemokratischen Parteipresse hat eine lebhafte Erörterung über das für und Wider den politischen Massenstreik eingesetzt. Grundfälligen Bedenken gegen den letzteren begegnet man in ihr nirgends. Lediglich über die Zweckmäßigkeit und den Zeitpunkt gehen die Meinungen weit auseinander.

## Die Zahl der weiblichen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften

ist im Jahre 1912 gegenüber 1911 gestiegen. Betrug die Gesamtzahl im letzten Jahre 27152, so ist 1912 eine solche von 28003 verzeichnet. Das ist ein Mehr von 856 weiblichen Mitgliedern. Dieses Resultat ist bemerkenswert, allein in Anbetracht der Massen unorganisierter, christlich denkender Arbeiterinnen, sowie der aufgewandten Mühe und Arbeit in der Agitation wenig befriedigend.

Der Bericht des Generalsekretariats im „Zentralblatt“ (Nr. 14) gestattet nun eine eingehende Betrachtung der weiblichen Mitgliederzahlen in den einzelnen Zentralverbänden.

Die größte Zunahme hat der Gewerbeverein der Heimarbeiterinnen zu verzeichnen. Er hat 1189 Kolleginnen mehr als 1911 und zählt jetzt 8188 weibliche Mitglieder. Kein anderer Verband hat so hervorragenden Anteil an der Aufwärtsbewegung genommen. Der graphische Zentralverband, der die nächsthöchste Pluszahl aufweist, hat 144 weibliche Mitglieder mehr als 1911; insgesamt zählt er 360 Kolleginnen.

Christlich organisierte Schneiderinnen gibt es 399; davon sind 1912 neu hinzugekommen 133. Der Verband der Staats-, Gemeinde- und Verkehrsarbeiter hat eine Zunahme von 131; zu seinen Reihen gehören jetzt 635 Arbeiterinnen. Der christliche Lederarbeiterverband hat 82 Arbeiterinnen mehr wie 1912; insgesamt verfügt er über 541 weibliche Mitglieder. Selbst der Peram- und Steinarbeiterverband hat gegen das Vorjahr um 76 Arbeiterinnen zugenommen, so daß es im ganzen 160 sind. Dem christlichen Holzarbeiterverband gehören 233 Arbeiterinnen an, oder 64 mehr als 1911. Der Verband der Gasthausangestellten führt 1912 zum erstenmal weibliche Mitglieder auf und zwar 43 Kolleginnen. Die Organisation der Nahrungs- und Genussmittelindustrie-Arbeiter hat die Zahl ihrer weiblichen Mitglieder um 38 vermehrt, auf 225 insgesamt. Die Krankenpfleger, die 1911 schon 509 Kolleginnen im Verbands zählten, haben jetzt 542 oder um 33 zugenommen. Den kleinsten, jedoch für diese Organisation nicht unbedeutenden Fortschritt haben die württembergischen Eisenbahner; sie hatten 23 weibliche Mitglieder 1911 und jetzt bekennen sich 26 zu diesem Verband. So haben 11 dem Gesamtverbande angegeschlossene Zentralverbände zusammen eine Zunahme von 1936 Kolleginnen. Aber diese Zunahme ist geschmälert durch die Verluste von vier anderen Verbänden. Dabei ist das Minus des Gärtnerverbandes mit 3 noch das leichteste; er hatte 1912 keine weiblichen Mitglieder mehr. Auch der Metallarbeiterverband hat an Kolleginnen abgenommen und zwar um 37, so daß er noch über eine Zahl von 757 verfügt. Bedeutender ist schon der Verlust von 307 Kolleginnen im Tabakarbeiterverband; es verbleiben da noch 3088. Den numerisch, jedoch nicht prozentual stärksten Rückgang an weiblichen Mitgliedern hat aber unser Verband zu beklagen. Wir haben gegenüber 1911 um 733 Kolleginnen weniger, so daß für 1912 noch 12811 verbleiben.

Wie ist dieser Rückgang zu erklären? Zunächst kommt hierfür in unserem Verbands daselbe in Betracht, was der Jahresbericht des Generalsekretariats von der Mitgliederbewegung im allgemeinen sagt. Dann ist es im Besonderen die Beitragserhöhung; jedoch sind es nicht so sehr die älteren Verbandskolleginnen, die sich daran gestoßen haben. Wohl haben sie viele Neubeitretene zum Anlaß ihres Austritts genommen. Bei all den sonstigen Schwierigkeiten, die sich dem christlichen Textilarbeiterverband im vorigen Jahre in den Weg legten und seine Entwicklung 1912 hinstanhielten, wäre es geradezu ein Wunder gewesen, wenn in der Arbeiterinnenagitation nichts davon zu verspüren gewesen wäre.

Doch ist das Eine noch bemerkenswert: In der Arbeiterinnenagitation unseres Verbandes ist viel neues Leben. Wir haben gegen das Vorjahr eine größere Reihe Mitarbeiterinnen; es bestehen eine erfreuliche Zahl von Arbeiterinnenkommissionen. Konferenzen finden fast in jedem Bezirke statt; so ruht die Arbeiterinnenagitation auf vielen Kolleginnen und damit haben wir ein Fundament, auf dem wir weiterbauen. Zur Zeit wird allerorts die Berichterstattung zur Einführung gebracht und wo sie bereits funktioniert, sind die Resultate der geordneten Agitation ersichtlich.

Wir Kolleginnen aber wollen aus Vorstehendem lernen; zähe Arbeit muß auch uns voran bringen.

F. H.

## Die wirtschaftliche Lage der Textilarbeiter nach den Berichten der Gewerbeinspektion.

Sicherlich hat sich die wirtschaftliche Lage der Arbeiter im letzten Jahrzehnt, hauptsächlich insolge der Gewerkschaftsbewegung, geboben. Das läßt sich nicht abstreiten. Aber diese Verbesserung der Lebenshaltung ist doch längst nicht in allen Berufsgruppen in gleichem Maße erfolgt. Die Textilarbeiter haben beispielsweise längst nicht den Anteil daran genommen, den die meisten Berufe des handwerksmäßigen Gewerbes genießen. Das ist in der Hauptsache in der Eigenart unserer Industrie begründet. Die Löhne der Textilarbeiter sind im allgemeinen noch herzlich schlecht. So betrug der Durchschnittslohn der Textilarbeiter nach den Berichten der Berufsgenossenschaft im Jahre 1911:

Berufsgenossenschaft	Berufsgenossenschaft
Rheinisch-Westfälische 927 M.	Elbische 778 M.
Norddeutsche 862 "	Süddeutsche 714 "
Sächsische 791 "	Leinen 835 "
Schlesische 627 "	Seiden 911 "

Danach standen in dem besten Bezirk dem Textilarbeiter pro Tag knapp 2,55 M. zum Lebensunterhalt zur Verfügung, in dem schlechtesten jedoch nur 1,70 M. Daß die Arbeiter mit einem solchen Lohne unmöglich ein kultur- und menschenwürdiges Dasein fristen können, ist für jeden sozial denkenden Menschen klar. Was sind die Folgen dieser schlechten Entlohnung? Unterernährung, allerlei Krankheiten, früher Tod, möglichst billige, aber schlechte Wohnverhältnisse, Frauen- und Kinderarbeit.

Und da meinen manche Leute, es sei genug getan in der sozialen Arbeit, dem Arbeiter ginge es doch recht gut. Sie sehen eine dünne Oberschicht und nicht die große Masse, die tiefer steht. In den letzten zwei Jahren haben sich die Verhältnisse noch verschlechtert. Im vergangenen Jahre hatten wir bekanntlich mit einer ungewöhnlichen Teuerung, namentlich des Fleisches, zu rechnen. Auch bei anderen Lebensmittelpreisen sind die Preise in den letzten zwei Jahren sehr stark in die Höhe gegangen. Von einem günstigen Nachlassen der Teuerung kann auch heute noch keine Rede sein. Naturgemäß hat das Anziehen der Preise die Lebenshaltung der Arbeiter, und speziell der Textilarbeiter, ungünstig beeinflusst, da es ihnen

nicht immer möglich war, eine über das Maß der Steuerung hinausgehende Lohnaufbesserung zu erzielen.

Aus den Berichten der Gewerbeinspektoren für das Jahr 1912 geht das unzweifelhaft hervor. So berichtet der Beamte von Königsberg, daß zwar Lohnerhöhungen stattgefunden hätten, aber die Lebenshaltung der Arbeiterbevölkerung habe infolge allgemeiner Steigerung der Lebensmittelpreise und der Wohnmieten trotz der Lohnerhöhungen namentlich in den Städten keine Besserung erfahren. Ähnlich berichten die meisten übrigen Beamten.

Aus dem Bezirk Potsdam wird berichtet, daß sich die Unternehmer zwar hätten zu Lohnerhöhungen verstehen müssen, aber die Lebenshaltung der Arbeiter sei trotzdem infolge der Fleischsteuerung keine bessere geworden. Aus Berlin wird berichtet: „Die Lohnsätze haben eine Steigerung erfahren entweder durch Tarifverträge oder nach vorausgegangenen Arbeiterausständen. Diese allgemeine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse, an der auch die Arbeiter ihren Anteil haben, wurde aber beeinträchtigt durch die ungünstige Lage des Lebensmittelmarktes, und diese traf gerade die Kreise besonders empfindlich, in denen die Kosten der Ernährung den wichtigsten Teil der Ausgaben ausmachen.“

Die Fleischsteuerung habe sich in Arbeiterkreisen sehr unangenehm bemerkbar gemacht und zu einer direkten Notlage geführt. Aus dem Bezirk Breslau wird berichtet, daß der hohe Preisstand des Fleisches und mancher anderen Lebensmittel von der Arbeitererschaft sehr stark empfunden wurde. Zwar seien Lohnerhöhungen erfolgt, aber eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter sei doch nicht erzielt. Dieselbe Klage erhebt der Beamte für den Bezirk Erfurt. Der Beamte für Schleswig muß auch gestehen, daß die erzielten Lohnerhöhungen durch die Preissteigerungen vollständig wieder ausgeglichen wurden. Der Beamte für Hannover berichtet dasselbe. In dem Bericht aus Hildesheim heißt es:

„Allgemein trat in der Lebenshaltung der Arbeiter, trotz der sehr guten Beschäftigung der Industrie und trotz vereinzelt vorgenommener Lohnerhöhungen, infolge der außerordentlich hohen Preise der Lebensmittel, insbesondere des Fleisches, eher ein Rückgang als eine Verbesserung ein.“

Der Berichterstatter aus dem S i n e r Bezirk konstatiert: „Die günstige Beschäftigung des Arbeitsmarktes brachte zwar allen Gewerben reichliche Beschäftigung und hohe Löhne; die erhebliche Verteuerung der Lebensmittel, insbesondere des Fleisches, wurde dadurch aber kaum ausgeglichen.“ Das Urteil des Beamten von Aachen lautet: „... Die besseren Löhne wurden aber durch die weitere Steigerung der Preise für die notwendigen Lebensmittel, namentlich Fleisch, wieder ausgeglichen.“

Man höre noch, was der Beamte von Düsseldorf sagt: „... Aber auch dort, wo die Löhne, wie in der dauernd gut beschäftigten Großindustrie und der chemischen Industrie, eine mächtige Steigerung erfahren, machte sich die fortgesetzte, erhebliche Verteuerung fast aller Lebensmittel in empfindlicher Weise bemerkbar.“ Textilarbeiter, namentlich Hausarbeiter, sind, wie man vernimmt, vielfach bei dem „Mangel an lohnender Arbeit in harte Bedrängnis geraten.“

Die Beamte von Arnberg berichtet, daß sich trotz Lohnerhöhungen die wirtschaftliche Lage der Arbeiter „kaum günstiger gestaltet habe“. Aus Münster, wo hauptsächlich Textilarbeiter in Frage kommen, hört man, daß „von einer befriedigenden Lebenshaltung der Arbeiter ... nicht gesprochen werden könne“.

Zwar wissen fast alle Beamte davon zu berichten, daß überall Maßnahmen zur Vinderung der Steuerungsfolgen ergriffen wurden. Aber von Ausnahmen abgesehen, handelt es sich nur um Tropfen, die den Stein nicht zu höhnen vermöchten, ganz abgesehen davon, daß wirklich großzügige Maßnahmen nur von einigen großen Städten ergriffen worden sind.

Darauf werden wir in einem besonderen Artikel zu sprechen kommen.

### Erlaubter und unerlaubter Boykott.

Der Boykott bedeutet für den Boykottierten ein zweifaches. Einmal einen Schaden. Sein Abfall wird verringert oder gar gänzlich aufgehoben. Sodann einen Druck auf seine Willensfreiheit. Er soll eben durch die Schadenszufügung zu einer Aenderung seines bisherigen Verhaltens gezwungen werden. Er soll entweder etwas tun, was er bisher nicht getan hat (z. B. bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen gewähren), oder etwas unterlassen, was er bisher getan hat (z. B. Warenbezug von einem bestimmten Dritten einstellen), je nach dem Zwecke, der mit dem Boykott verfolgt wird. Dieser ist im Einzelfalle höchst verschieden. Bisher sind Boykotts über Händler und Produzenten verhängt worden, um sie zur Herabsetzung der Preise, zur Gewährung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, zur Anerkennung einer Gewerkschaft, zur ausschließlichen Benutzung eines bestimmten Arbeitsnachweises, zur Unterstützung einer Gewerkschaft im Lohnkampfe, zur Wahl in einem bestimmten parteipolitischen Interesse zu veranlassen.

Was sagt der Staat durch seine Gesetze dazu? Auszugehen ist davon, daß das Gesetz nicht jede Schädigung eines anderen und nicht jede Einwirkung auf den Willen eines anderen für unzulässig erklärt. Es ist das auch unmöglich, denn unser ganzes Wirtschaftsleben beruht auf der freien Konkurrenz, und Konkurrenz bedeutet Schädigung, Niederzwingung des Konkurrenten. Rechtswidrig und zu erzeihen ist aber der Schaden, der durch Vertragsbruch verursacht wird. Das gleiche gilt von dem Schaden, der einem anderen

vorsätzlich in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise zugefügt wird (§ 326 BGB). Verboten und strafbar ist die Einwirkung auf den Willen eines anderen, wenn sie sich als Erpressung oder als Nötigung zum Beitritt zu einer Koalition darstellt (§ 253 Str.GB., 153 GG).

Hieraus ergibt sich für den Boykott folgendes: Nicht jeder Boykott verstößt gegen die Gesetze. Insbesondere kann man bezüglich der Boykotte, die zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen oder zur Erzielung geringerer Warenpreise geführt werden, nicht sagen, daß sie unter allen Umständen zum Schadenersatz verpflichtet oder daß ihre Androhung stets gegen ein Strafgesetz verstoße. Es kommt vielmehr für einen solchen Boykott darauf an, ob er nach der Auffassung aller billig und gerecht denkenden Menschen gerechtfertigt ist.

Im einzelnen aber sind folgende Regeln zu beachten, die der Rechtsprechung des Reichsgerichts und des Kammergerichts zugrunde liegen:

1. Unerlaubt ist der Boykott, der in Verbindung mit einem Tarifvertragsbruch verhängt wird. Solange ein Tarifvertrag läuft und von der Gegenseite respektiert wird, muß gewerblicher Friede herrschen.

2. Unerlaubt ist jeder Boykott, wenn durch ihn der Gegner an den Wettbewerb gebracht werden soll. Es gilt für unsittlich, dem Gegner im gewerblichen Kampfe den letzten Blutstropfen abzuziehen.

3. Unerlaubt ist jeder Boykott, der den Gegner zwingen soll, sein politisches Wahlrecht im Sinne der Boykottierenden auszuüben. Es darf also niemand zu dem Zwecke boykottiert werden, damit er den Kandidaten einer bestimmten politischen Partei wähle. Beim Wählen soll jeder nach seiner freien Ueberzeugung handeln.

4. Unerlaubt ist jeder Boykott, der verhängt wird, weil jemand nicht im Sinne der Boykottierenden gewählt hat. Es soll niemand zum Schaden gereichen, bei der Wahl nach seiner Ueberzeugung gehandelt zu haben.

5. Unerlaubt ist jeder Boykott, der wegen eines Verhaltens verhängt wird, das bereits der Vergangenheit angehört, denn er erfolgt aus Rache. Ein reiner Racheboykott aber ist unsittlich.

6. Unerlaubt ist der Boykott, wenn die Schädigung, die er voraussehbarer Weise mit sich bringt, in gar keinem Verhältnisse zu dem erstrebten Ziele steht. Es darf also nicht der Boykott über einen Arbeitgeber verhängt werden, weil er im Einzelfalle gegen seine Arbeiter ungerecht gewesen ist.

7. Unerlaubt ist der Boykott, durch den der Gegner gezwungen werden soll, die Ansprüche Einzelner aus dem Arbeitsverhältnisse zu erfüllen, z. B. dem A und B den rückständigen Lohn auszusahlen. Für die Verwirklichung solcher Ansprüche stehen den Betroffenen geeignete Mittel, die Gerichte und Gerichtsvollzieher, zu Gebote.

8. Unerlaubt ist es, den Boykott zu verhängen, ohne vorher dem Gegner denselben unter Angabe der Gründe und des Zweckes mitgeteilt und ihm Gelegenheit zu friedlichen Verhandlungen gegeben zu haben. Er soll nicht der Gefahr des Ruins ausgesetzt sein, ohne sie durch Nachgeben beseitigen zu können.

9. Unerlaubt ist der Boykott, durch den der Arbeitgeber zu dem Versprechen gezwungen werden soll, künftighin seine Arbeitskräfte nur noch durch den Arbeitssnachweis der Boykottierenden zu beziehen.

10. Unerlaubt ist das Boykottkostenstecken, wenn der Boykott selbst unerlaubt ist. Aber auch wenn dieser berechtigt ist, so hat es sich „in bescheidener und unauffälliger Weise“ zu vollziehen.

11. Unerlaubt und leicht strafbar ist die Androhung eines unerlaubten Boykotts.

12. Strafbar nach § 153 ist es, einem anderen als demjenigen, der durch den Boykott zu einem bestimmten Verhalten gezwungen werden soll, den Boykott anzudrohen, damit er auf die Seite der Boykottierenden trete.

13. An sich erlaubte Boykotts, wie diejenigen gegen Arbeitgeber zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, oder gegen Produzenten und Händler zur Erzielung niedriger Preise, werden unerlaubt, wenn sie mit verwerflichen Mitteln geführt werden. Das ist der Fall, wenn der Boykottierte von den Boykottierenden öffentlich beschimpft und beleidigt wird, wenn über ihn bewußter oder auch nur fahrlässiger Weise unwahre Tatsachen behauptet werden, die den Boykott zu fördern geeignet sind. Letzteres gilt besonders von der Verbreitung solcher Tatsachen, die eine falsche Anschauung über den Grund zum Boykott hervorgerufen geeignet sind. Es müssen deshalb im Falle eines erlaubten Boykotts stets die in den Zeitungen und in den Flugblättern zu veröffentlichten Tatsachen und Aufrufe peinlichst auf ihre Wahrheit und maßvolle Form geprüft werden. Wer der Aufforderung zum Boykott Folge leisten soll, soll auch imstande sein, sich ein eigenes Urteil in der Sache zu bilden und sein Verhalten danach einzurichten.

### Allgemeine Rundschau.

Ein erfreuliches Fazit. Die „Soziale Praxis“ bespricht in ihrer Nummer 43 vom 24. Juli den Bericht des Generalsekretariats über die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften im vergangenen Jahre und kommt dabei zu folgendem Schluß:

„Der Bericht der christlichen Gewerkschaften bestätigt den Eindruck, daß sie ein schweres Jahr mit harten äußeren und inneren Belastungsproben hinter sich haben, daß sie aber auch, dank der Gesundheit ihres gewerkschaftlichen Organismus und der zäheren Standhaftigkeit ihrer maßgebenden Führer, die wissen, was sie wollen, diesen tiefstehenden Kämpfen und Anfechtungen sich gewachsen gezeigt haben. In dieses Kampfsjahr dürfte die christliche Gewerkschafts-

bewegung mehr noch als frühere leichtere Jahre gekämpft und gekämpft haben. Und das ist ein erfreuliches Fazit. Denn wir brauchen in Deutschland mehr denn je eine starke, unabhängige, das nationale Moment bewußt betonende Gewerkschaftsbewegung.“

Wie erbärmlich nimmt sich gegenüber dieser Beurteilung unserer Bewegung von objektiver Seite die häßliche und kleinliche Kritik aus, mit der die sozialdemokratischen Blätter über den Bericht des Generalsekretariats herfallen.

Aus den Fingern gefogen. Durch die sozialdemokratische Presse geht eine gleichlautende Notiz, wonach der Redakteur unserer Textilarbeiter-Zeitung, Kollege Heutmann, in einer Versammlung der streikenden bzw. ausgesperrten Arbeiter in Bocholt folgendes erklärt haben soll.

„In Krefeld tobt ein Kampf der Textilarbeiter, der mühselig geführt wird. Seit 14 Tagen stehen die Färber im Streik. Nehmen Sie (die Bocholter Arbeiter) sich ein Beispiel an den Krefeldern.“

Das soll eine Rechtfertigung für das schwache Verhalten des „deutschen“ Verbandes im Krefelder Färberkampf und zugleich ein Beweis für die Verlogenheit und Doppelmoral der „Christen“ sein. In Krefeld rede man so und in Bocholt anders.

Die Genossenblätter leisten sich da einen frechen Schwindel. Die dem Kollegen Heutmann in den Mund gelegten Worte sind von A bis Z vollständig aus den Fingern gefogen. Weder hat er eine solche oder auch nur dem Sinne nach ähnliche Äußerung in Bocholt noch irgendwo anders jemals getan.

Die Notiz trägt übrigens den Stempel der Lüge an der Stirn, denn als in Bocholt der Streik bzw. die Aussperrung ausbrach und Kollege Heutmann dort in einigen Versammlungen redete, war der verunglückte Färberstreik in Krefeld bereits beendet.

Kollege Heutmann hat einigen sozialdemokratischen Blättern eine Berichtigung zugehen lassen, worin die sozialdemokratischen Behauptungen der Notiz als frei erfunden bezeichnet werden. Dennoch behauptet beispielsweise die Düsseldorf Volkszeitung, daß mehrere der Versammlungsteilnehmer die bestrittene Äußerung ganz bestimmt gehört und sofort niedergeschrieben hätten. Die rote Presse hält also ihren Schwindel aufrecht. In einer von über 2000 Textilarbeitern und -Arbeiterinnen besuchten Versammlung am 29. Juli gelegentlich Beendigung des Kampfes stellte Kollege Heutmann unter Zustimmung aller Anwesenden fest, daß in keiner Textilarbeiterversammlung in Bocholt die fraglichen Worte gefallen seien.

Die sozialdemokratische Presse lebt von der Lüge.

Verlängerung der Amtsdauer der Ausschüsse bei den Versicherungsanstalten. Der Bundesrat hat folgendes bestimmt:

Die Frist für die Amtsdauer der gegenwärtigen Mitglieder der Ausschüsse der Versicherungsanstalten sowie der gegenwärtigen Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten in den Vorständen der Versicherungsanstalten wird bis zum 31. Dezember 1914 verlängert.

Zu den bevorstehenden Wahlen der Vertreter in den Krankenkassen hat auf Grund des Artikels 100 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung der Bundesrat folgendes bestimmt:

1. Bei neuerrichteten allgemeinen Ortskrankenkassen stellt für die ersten Wahlen der Vertreter im Ausschuss das Versicherungsamt Wählerlisten, getrennt für die Arbeitgeber und die Versicherten, auch dann auf, wenn die Wahlordnung die Aufstellung solcher Listen nicht vorsieht. In der Wählerliste für die Arbeitgeber ist auch die Zahl der den einzelnen Wahlberechtigten nach der Sazung zukommenden Stimmen zu vermerken.
2. Das Versicherungsamt fordert die Wahlberechtigten durch öffentliche Bekanntmachung auf, sich zur Eintragung in diese Wählerlisten zu melden. Eine besondere Benachrichtigung der einzelnen Wähler findet nicht statt, auch wenn die Wahlordnung sie vorschreibt.
3. Soweit sich Wahlberechtigte nicht rechtzeitig gemeldet haben, kann die Wahl nicht aus dem Grunde angefochten werden, daß diese Personen nicht in die Wählerliste aufgenommen sind.
4. Die oberste Verwaltungsbehörde oder die von ihr beauftragte Behörde kann das Nähere bestimmen. Sie kann insbesondere bestimmen, wie weit Wahlberechtigte, die nicht in die Wählerlisten eingetragen sind, gleichwohl bei gehörigem Ausweis über ihre Wahlberechtigung zur Wahl zugelassen sind, und wie dieser Ausweis erbracht werden kann.
5. Die vorstehenden Anordnungen gelten auch für die durch die Reichsversicherung neu in die Krankenversicherung einbezogenen Mitglieder der nach Artikel 15 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung ausgestalteten allgemeinen Ortskrankenkassen und für die Arbeitgeber dieser Mitglieder. Die oberste Verwaltungsbehörde oder die von ihr beauftragte Behörde kann Abweichungen anordnen oder zulassen.

1. Soweit bei neuerrichteten allgemeinen Ortskrankenkassen die Vertreter im Ausschuss oder die Mitglieder oder der Vorsitzende des Vorstandes am 1. Oktober 1913 noch nicht gewählt sind, nimmt das Versicherungsamt ihre Geschäfte selbst oder durch Beauftragte bis zum Zustandekommen der Wahl wahr.
2. Verträge, die das Versicherungsamt oder seine Beauftragten für diese Kassen mit deren Angestellten sowie Ärzten, Zahnärzten und -technikern, Kranken-

Häusern, Apotheken und dergleichen abschließen, kann der gewählte Kassenvorstand, sofern der Vertrag keinen früheren Termin vorzieht, mit dreimonatiger Frist zum 1. Oktober 1914 kündigen. Ein späterer Kündigungsstermin soll nur im Notfall vereinbart werden; seine Vereinbarung bedarf der Zustimmung des Oberversicherungsamtes.

3. Bei Streit zwischen den Kassorganen und dem Versicherungsamt oder seinen Beauftragten über diese Geschäftsführung entscheidet das Oberversicherungsamt (Beschlußkammer) endgültig.

4. Die oberste Verwaltungsbehörde oder die von ihr beauftragte Behörde kann das Nähere bestimmen.

III.

1. Alle aus der Durchführung der vorstehenden Bestimmungen entstehenden Kosten trägt die Krankenkasse.

2. Bei Streit setzt das Oberversicherungsamt (Beschlußkammer) die Kosten endgültig fest.

**Richtlinien deutscher Sozialpolitik.** Gelegentlich des Regierungsjubiläums unseres Kaisers hielt der Professor an der Berliner Universität Otto Hinz eine Rede, worin er auf sozialpolitischen Problemen des letzten Menschenalters sorgsam einging.

Er zerstreute zunächst die Bedenken, die gegen unsere Sozialpolitik erhoben werden. Ein Volk für die Trägheit hätte sie sicher nicht geschaffen und es sei eine ungeheure Übertreibung, von einem Schwinden der Selbstverantwortlichkeit und der Arbeitsenergie in den Massen unseres Volkes zu reden. Auch das Selbstgefühl der freien Persönlichkeit würde dem Arbeiter und Privatangestellten keineswegs dadurch verkleinert, daß sie der schlimmsten Sorgen für die Zukunft einigermaßen entledigt seien; es könne vielmehr gehoben und gestärkt werden durch das Bewußtsein, daß sie auf Grund eines Rechtsanspruchs fordern könnten, was sie sonst entweder ganz entbehren oder aber als ein Almosen aus der Hand privater Wohltätigkeit oder der öffentlichen Armenpflege erbitten und entgegennehmen müßten. Unser Kaiser habe das Programm der sozialen Fürsorge in feierlicher Stunde als ein heiliges Vermächtnis für seine Regierung bezeichnet, und trotz der Enttäuschung, die ihm durch die Maßlosigkeit und Gehässigkeit der Sozialdemokratie bereitet worden sei, hätten wir keine Veranlassung, zu glauben, daß er in dieser Auffassung wandelnd geworden wäre.

Die soziale Gesetzgebung wurzelte so tief in unseren Vorstellungen und Einrichtungen, daß sie ebensowenig daraus entfernt werden könne wie etwa die allgemeine Wehrpflicht oder der Schulzwang. Professor Hinz untersucht dann die Frage, warum die soziale Gesetzgebung die politischen Erwartungen nicht erfüllt habe und kommt dann zu folgendem Schluß:

„Eine feste, konsequente, in den Grenzen der Möglichkeit gesteigerte Sozialpolitik ist und bleibt eine notwendige Ergänzung des sonst allzu starren Systems unseres monarchischen Militär- und Beamtenstaats. Es kommt hier freilich noch mehr auf die sozial-ethische Gesinnung an als auf sozialpolitische Gesetzgebung. Die Idee der sozialen Gerechtigkeit müßte den Geist des Staates und seiner Verwaltung ganz durchdringen und langsam von innen heraus umwandeln. Und daneben müßte dem uralten germanischen Drang, das staat-

liche Gemeinwesen auf genossenschaftlichen Grundlagen aufzubauen, auch im Rahmen unserer Verfassung möglichst viel Gelegenheit zur Betätigung gegeben werden, womit der Sozialdemokratie der Wind aus den Segeln genommen werden könnte.“

„Es gibt kein besseres Mittel zur Ueberwindung der sozialdemokratischen Gefahr“, so fährt Hinz dann fort, „als die Stärkung des Gemeingeistes und die Verbreitung und Befestigung der Auffassung, daß der Staat nicht bloß die Sache der Regierung, sondern des Volkes ist. Wir hoffen und glauben, daß im Laufe der Zeit durch Umbildungen haben und drüben die Luft überbrückt werden wird, die heute noch einen großen, durch staatsfeindliche Agitation irreführten Volksteil von dem Lager trennt, über dem die Standarte unseres kaiserlichen Herrn weht. Mit diesem Ziel vor Augen müssen wir Sozialpolitik treiben! Ein gutes soziales Gewissen, ein fester Glaube an die Zukunft unseres Volkes, ein offener Sinn für die Forderungen der Zeit werden uns auch über die Schwierigkeiten hinwegbringen, die uns heute noch als ungelöste Probleme gegenüberstehen. Hier liegt eine Aufgabe sozialer und politischer Ethik für die Zukunft.“

**Katholische Jugendvereine und christliche Gewerkschaften.** Auf dem ersten süddeutschen katholischen Jugendtag, der Mitte Juli d. J. in Bamberg abgehalten wurde, hat man im Anschluß an ein Referat über praktische Vereinsarbeit eine Resolution angenommen, worin es u. a. heißt:

„Da alle Bestrebungen zur staatsbürgerlichen Erziehung und zur Rettung der erwerbstätigen Jugend vor der sozialdemokratischen Verführung letzten Endes erfolglos sind, wenn sie nicht von den freien Gewerkschaften ferngehalten wird, fordert der erste süddeutsche katholische Jugendtag alle Vereine des Verbandes auf, rechtzeitig für die Zuführung ihrer Mitglieder zu einer geeigneten christlichen Gewerkschaftsorganisation Sorge zu tragen und stellt insbesondere an die christlich-nationale Arbeiterkassenschaft das Ersuchen, die Jugendlichen auf der Arbeitsstätte wirksam in Schutz zu nehmen und durch Mitarbeit in den Jugendvereinen den Beitritt der Jugendlichen zu den christlichen Organisationen zu fördern.“

In den katholischen Jugendorganisationen hat man die Notwendigkeit und die Bedeutung der christlichen Gewerkschaften immer mehr erkannt, wie aus der Stellungnahme dieser Organisationen in den letzten Jahren hervorgeht. Von der gegenseitigen Zusammenarbeit unter den christlichen Organisationen wird es in erster Linie abhängen, welche Erfolge durch die christlich-nationale Jugendarbeit erzielt werden.

**Der zweite Kongreß der christlichen Gewerkschaften Belgiens,** der vom 27. bis 29. August in Brüssel stattfand, legte Zeugnis ab von dem rüstigen Vortanschreiten unserer christlichen Bruderverbände in Belgien.

Die christlichen Gewerkschaften Deutschlands waren durch unseren Kollegen Schiffer vertreten; ferner waren Abgesandte erschienen aus Deutschland, Holland, Frank-

reich, Oesterreich, der Schweiz, Italien und aus Mexiko. In einer bemerkenswerten Rede überbrachte Prälat von Rooy die Grüße des Kardinals Mercier, der den christlichen Gewerkschaften seine volle Sympathie ausspricht und hoffe, daß sie an der bedeutsamen sozialen Aufgabe, zu deren Erfüllung sie berufen seien, treu festhalten würden. Reichstagsabgeordneter Kollege Schiffer wies in seiner Begrüßungsansprache hin auf die christliche Gewerkschaftsbewegung in Deutschland mit ihren 360 000 Mitgliedern und 400 Funktionären und einem Vermögen von acht Millionen Mark.

Der dem Kongreß erstattete Jahresbericht weist einen beträchtlichen Mitgliederzuwachs und eine erhebliche Kassenerhöhung auf. In dem letzten Jahre hat die christliche Gewerkschaftsbewegung in Belgien rund 20 000 neue Anhänger gewonnen und hat jetzt mehr als 100 000 Mitglieder. Mehr und mehr erkennen die christlichen Arbeiter die Bedeutung ihrer Organisation.

Generalsekretär P. Rutten, der unermüdete und selbstlose Förderer der christlichen Gewerkschaftsfrage, stellte fest, daß die Fortschritte der christlichen Organisationen in Verbindung stehen und abhängig sind von folgenden Voraussetzungen: 1. eine entwickelte soziale Ausbildung unter den Vorkämpfern der Bewegung, 2. die Zentralisation der Organisation, 3. die beharrliche Agitation der ununterbrochen tätigen Agitatoren, 4. die Unterstützung der christlichen Organisation durch wirtschaftliche Arbeiten. Fr. Baers berichtete über die Gewerkschaftsbewegung unter dem weiblichen Geschlecht und machte Vorschläge zu einer wirksamen Propaganda. Ein Delegierter befürwortete die Hausagitation. Von anderer Seite wurden die Mißstände in den Zimthütten zur Sprache gebracht. P. Rutten teilte mit, daß in dieser Frage eine ministerielle Audienz stattfinden werde. Weitere Wünsche wurden laut für die Eisenbahner und für die Dockarbeiter sowie betr. die soziale Versicherung. Hinsichtlich der letzteren sprach sich der Kongreß einstimmig für deren obligatorische Einführung aus. Im einzelnen behandelte der Kongreß die Frage der Arbeitsunfälle, die Frage der Kollektiv-Arbeitsverträge und die Notwendigkeit von Sparvereinigungen auf gewerkschaftlicher Grundlage. Gleichzeitig mit dem Kongreß tagte die Sektion für Angehörige, welche die von der Regierung angestellte Kundfrage über die Lage der Angestellten begrüßte und deren beschleunigte Durchführung forderte.

Das Schlußwort sprach P. Rutten, der auf den bedeutenden Erfolg der Tagung hinwies. Besonders trat er nochmals für die Schaffung von Sparvereinigungen ein und befürwortete die geistige Bildung und Hebung des Arbeiterstandes.

**Finanzgebarung gelber Werkvereine.** Die bekannte Tatsache, daß die gelben Werkvereine von den Unternehmern gegründet sind und von ihnen auch durch fortlaufende finanzielle Zuwendungen über Wasser gehalten werden, ist aus den Jahresberichten der gelben Vereine, soweit solche überhaupt der Öffentlichkeit zugänglich werden, deutlich zu ersehen. In einer Uebersicht über die Verbände der Unternehmer und Arbeiter im sechsten Sonderheft des „Reichsarbeitsblatt“ werden auch die gelben Werkvereine näher behandelt und einige Angaben über ihre Finanzgebarung gemacht. Es handelt sich allerdings hier um Stichproben, weil nur ein kleiner

**Weben und Spinnen bei den ältesten deutschen Volksstämmen.**

Auch nachdem die deutschen Volksstämme sesshaft geworden waren, blieb zunächst das Leben der alten Deutschen noch ganz einfach. Soweit infolge des Wanders von der Unseßhaftigkeit zur Sesshaftigkeit Umänderungen eingetreten waren, berührten diese wenig das alltägliche Leben, die Nahrung und die Bekleidung. Wie die Bauten der alten Deutschen auch noch nach der Niederlassung auf festen Wohnstätten nur aus roh zusammengezwimmerten Baumstämmen und aus Lehm und Flechtwerk bestanden, so hatte sich auch in der Art der Bekleidung nicht viel geändert. Als Kleidung dienten hauptsächlich das Fell der Haustiere und des erlegten Wildes. Nur unter dieser Hauptkleidung wurden noch Gewänder aus Linnen getragen, von den Männern ein linnenenes Wams und eine linnene Hose, von den Frauen ein langes einfaches Hemd aus Linnen, das bei Frauen von größerem Wohlstand noch mit bunten Streifen besetzt war.

Ein, wenn auch geringer Bedarf an Linnen hat also bereits bei den deutschen Volksstämmen in der ältesten Zeit bestanden. Wie alle anderen Gebrauchsgüter, so wurde natürlich auch das Linnen in der Hauswirtschaft angefertigt und zwar wenn es ausschließlich die Frauen, die sich mit Spinnen und Weben, mit der Zubereitung des Rohstoffes, mit der Schaffschur, mit der Reparatur schadhaft gewordener Kleidungsstücke usw. zu beschäftigen hatten, das blieb auch noch lange so und längst als sich das Handwerk in seinen ersten Anfängen herausgebildet hatte, blieben noch Spinnen und Weben und was damit zusammenhängt, Hausarbeit der Frauen. Die Frau mit der Spindel ist ja auch tief in die Sagenwelt der Deutschen eingeblieben. Das Spinnen und Weben der Frauen in den ältesten geschichtlichen Zeiten der deutschen Volksstämme geschah wohl meist in unterirdischen Kammern, in kellerartigen Verliesen.

Nur bei den Friesen geschah das Spinnen und Weben schon frühzeitig unter anderen Verhältnissen. Die Landwirtschaft der Friesen eignete sich besonders zur Schafzucht und infolgedessen verbreitete sich auch die Weberei bald in einem größeren Umfange. Bei den Friesen wurden schon viel wertvollere und technisch bessere Gewebe hergestellt und zwar in einem so bedeutenden Umfange, daß

ein wesentlicher Teil dieser Gewebe in der Ferne umgetauscht werden mußte. Friesische Luche galten weithin als hervorragende Luchobjekte. Die Friesen, die auch bald zu tüchtigen Handelsleuten wurden, versorgten besonders die binnenländischen Märkte des fränkischen Reiches mit ihren Erzeugnissen. Bei den Friesen entwickelte sich auch die Weberei bald zu einem Handwerk.

Nebenbei mag erwähnt werden, daß die Römer zur Zeit als sie den Norden beherrschten, in den eroberten Gebieten auch Anlagen eingerichtet hatten, in denen Gewebe hergestellt wurden. Solche Betriebe sind nachzuweisen in Eriar, Metz und Rheims. Wahrscheinlich wurden in diesen römischen Webereien die Gewebe hergestellt, die die römischen Truppen und Ansiedler zu ihrer Bekleidung brauchten.

Als dann in Deutschland die großen Grundherrschaften aufkamen, entstanden auf den Höfen der großen Grundherren und auf den Klosterhöfen die ersten Anfänge des Handwerks. Bestimmte Leibeigene wurden auch dauernd mit der Herstellung von bestimmten Gebrauchsgegenständen beauftragt. Der eine Leibeigene war beschäftigt als Lederarbeiter, der andere als Schildmacher, Eisenarbeiter, Brauer usw. Dadurch, daß einzelne Arbeiten immer von bestimmten Leibeigenen ausgeführt wurden, konnten sich diese in ihren Arbeiten vervollkommen, es konnten Verbesserungen der Arbeitsmethoden, der Zubereitung des Rohmaterials usw. erzielt werden und die Arbeit zeigte eine höhere Produktivität. Wenn diese Leibeigenen, die im übrigen sozial schon einen guten Teil höher standen als die große Masse der anderen Leibeigenen, noch nichts mit dem freien Handwerkerstand späterer Zeiten zu tun hatten, wenn es falsch ist, die Gesamtheit der leibeigenen Handwerker eines Fronhofes mit den Innungen der Handwerker in den mittelalterlichen Städten in Vergleich setzen zu wollen, so kann jedenfalls als sicher angenommen werden, daß die leibeigenen Handwerker auf den großen Grundherrschaften in bezug auf ihre Arbeitsweise schon als gewerblich tätige Leute angesehen werden können, gewerblich tätig nicht insofern als sie ein Gewerbe für den freien Markt betrieben, sondern indem sie dauernd eine bestimmte Berufstätigkeit ausübten, die wir als gewerbliche Tätigkeit bezeichnen.

Ganz anders war dies noch bei der Anfertigung von Gespinnsten und Geweben. Hier trat der Weber und wenn es auch nur ein leibeigener Weber auf einem Fronhofe gewesen wäre, noch lange nicht hervor. Das

Spinnen und Weben blieb noch immer und für lange Zeit die Arbeit der Frauen und Mädchen in der Hauswirtschaft, und diese Arbeiten mußten von den Frauen noch immer nebenbei gemacht werden, wenn gerade andere Arbeiten wie Kochen, Waschen, Nähen usw. nicht zu verrichten waren. Freilich, Änderungen brachten auch nach dieser Richtung hin die Entstehung der großen Grundherrschaften mit sich. Die wichtigste Änderung bestand wohl darin, daß jetzt an einer Stelle viel mehr Frauen mit Spinnen und Weben beschäftigt wurden; auf den Fronhöfen entstanden richtige „Frauenhäuser“, in denen das Spinnen und Weben vor sich ging. Durch die größere Zahl der in diesen „Frauenhäusern“ der Fronhöfe beschäftigten Frauen, dürfte wohl auch eine größere Spezialisierung bei der Herstellung von Gespinnsten und Geweben eingetreten sein, das Ineinanderarbeiten einer größeren Schar von Frauen hatte sicher auch eine höhere Produktivität zur Folge, und vielleicht darf auch angenommen werden, daß den Frauen in den „Frauenhäusern“ infolge der Herausbildung von leibeigenen Handwerkern bessere Arbeitsinstrumente zur Verfügung gestellt wurden.

Der Umstand, daß die Gewebe im Hause und von Frauen nebenbei hergestellt wurden, ist natürlich kein Hinderungsgrund, daß die auf den Fronhöfen angefertigten Gewebe alle auch auf den Fronhöfen selbst verbraucht worden sind. In der Regel wird dies gesehen sein, aber in vielen Fällen werden diese Gewebe auch gegen andere Waren umgetauscht worden sein, kamen doch schon recht früh ausländische Händler nach Deutschland, die Waren aus dem Orient und aus den italienischen Handelsstädten einführten und dafür deutsche Waren in Umtausch nahmen. Nicht allzu selten mögen deutsche Gewebe gegen Seide und Baumwolle, die von Händlern aus dem Orient nach Deutschland gebracht wurden, gegen Gewebe, die in Deutschland in den „Frauenhäusern“ der Fronhöfe angefertigt worden waren, eingetauscht worden sein. Deutsche Gewebe wurden auch, als Zins und Tribut gegeben. So mußte zum Beispiel um das Jahr 900 der Erzbischof von Salzburg seinen Tribut an die Ungarn in Geweben entrichten. Abgesehen von den Friesen, entwickelte sich die gewerbmäßige Weberei erst viel später und auch dann blieb sie vielfach Frauenarbeit oder Handhandwerk. Auch im mittelalterlichen Weberhandwerk waren noch sehr viele Frauen beschäftigt.

Teil der gelben Vereine über ihre Finanzgebarung klare Angaben gemacht haben. Aber schon daraus ergibt sich, daß eine Reihe von Unternehmern den gelben Vereinen ganz bedeutende Zuschüsse gewähren. Darnach erhielten die gelben Werkvereine der nachbenannten Werte folgende Zuschüsse:

Werk, Augsburg	Jahr	M.
	1906	140000
	1911	104455
Schuhfabrik Wessels, Augsburg seit	1907	15000
Röschling-Wülfflingen	1911	50885
Chemische Fabrik, Süringen	1911	8000
Körtingsdorfer Werke	1911	20000
Burbacher Hütte	1911	31412
Fuldner Stanz- und Emaillewerk	1911	10000
Porzellanfabrik, Weiden	1911	8000
Gebrüder Baumann, Amberg	1911	10000
Both, Seidenheim	1911	125000

Summa Markt 512702

Es handelt sich hier, wie gesagt, nur um die Angaben von einzelnen Werkvereinen. Wenn genaue Nachweisungen über die Einnahmen der gelben Vereine zu erhalten wären, dann würden ganz gewaltige Summen herauskommen, die von den Unternehmern für die Aufpöppelung der gelben Bewegung aufgewendet werden. Die Unternehmer wissen selbstverständlich, wofür sie diese Aufwendungen machen. Die Augsburger Maschinenfabrik, die Bahnbrecherin auf diesem Gebiete, hat einmal ganz offen in einem Jahresbericht eingestanden, „die Gründung des gelben Arbeitervereins hätte sich vorzüglich bewährt“.

Tarifverträge und Massenstreik. Das sind zwei Dinge, die unvereinbar sind. Der Tarifvertrag bindet Arbeiter und Organisation für die Dauer des Vertrages. Der Massenstreik aber bedingt die gemeinsame Arbeitsniederlegung. Die ist heute in manchen Berufen nur unter Tarifbruch möglich. Ein derartiger Tarifbruch aber wäre gleichbedeutend mit einer Zerkümmung des mühsam aufgebauten Tarifgebäudes. Das macht es verständlich, daß die Anarchus und die radikalen Genossen Gegner der Tarifverträge, die vernünftigen sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer aber Gegner des politischen Massenstreiks sind.

Den Standpunkt der radikalen Sozialdemokratie zum Tarifvertrag und zur Vertragstreue kennzeichnete der bekannte Sozialist Dr. Michels seinerzeit in der „Leipz. Volksztg.“ (Nr. 41/1905) wie folgt:

„Die Furcht vor Begehung eines Kontraktbruchs bildet meines Erachtens eine ernsthafte Gefahr für unsere Partei, sie bedeutet einen gefährlichen Rest bourgeoisischen Empfindungslebens in unserer Arbeiterschaft.“

Und gegenüber der damaligen Vorwärtsredaktion, die den Generalstreik unter Hinweis auf die tariflichen Verpflichtungen ablehnte, vertrat er den Standpunkt:

„... Zum Teufel mit den Tarifverträgen, wenn die, welche sie schließen, ihnen die bindende Kraft andichten, den hellen Schritt des revolutionären Proletariats den bourgeoisischen Bedenken der Vertragstreue zuliebe auch nur eine Minute aufzuhalten.“

Bei der jetzigen Massenstreiksdebatte innerhalb der Sozialdemokratie kommt die Abneigung der radikalen Genossen gegenüber dem Tarifvertragswesen ebenfalls wieder zum Durchbruch. In einer Berliner Versammlung betonte ein Genosse, die Tarifverträge hätten den Kampfesmut geschwächt, die Arbeiter seien „lächer“ geworden. Gelegentlich der im Kölner sozialdemokratischen Gewerkschaftskartell geführten Diskussion über den politischen Massenstreik rief ebenfalls ein Genosse aus: „Die Massen verlangen Taten“. Für die Tarifpolitik sei bei den Massen keine Begeisterung vorhanden. Bemerkenswert ist aber, daß selbst die „Holzarbeiter-Ztg.“, das Organ des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes, bereit ist, gegebenenfalls den Tarifgeboten dem politischen Massenstreik zu opfern. Das Blatt schreibt nämlich in seiner Nr. 30/1913 folgendes:

„Daß die bestehenden Tarifverträge, sofern sonst die Vorbedingungen gegeben wären, dem Massenstreik Abbruch tun würden, nehmen wir allerdings nicht an. Der Tarifvertrag ist kein Fetisch, vor welchem eine so außerordentliche Massenbewegung Halt machen müßte. Dabei wäre übrigens noch zu prüfen, ob eine allgemeine Arbeitsruhe, wie sie im Falle eines Massenstreiks aus politischen Gründen eintreten müßte, als Bruch bestehender Verträge angesehen werden kann.“

Das letztere wäre zweifellos der Fall, denn ein Tarifvertrag, der durch politische Massenstreiks beliebig durchbrochen werden kann, hat für die Unternehmer keine Bedeutung verloren. Darum aber bildet auch die Auffassung der „Holzarb.-Ztg.“, die sich übrigens von jener des Genossen Dr. Michels nur wenig unterscheidet, eine direkte Gefahr für den Fortbestand und die Weiterentwicklung des Tarifwesens.

Anton, ster' den Degen ein! Kürzlich hat der Gewerbeverein der Bauhandwerker H.-D. in Biersen und M.-Glabbach hinter dem Rücken des christlichen und „freien“ Verbandes mit den Unternehmern tarifliche Abmachungen getroffen. Ob dieser hinterlistigen Handlungsweise wurde er in der Presse öffentlich angegriffen. Das hat dann den Beamten des Hirsch-Dunderfischen Textilarbeiterverbandes, Herrn A. Weber aus M.-Glabbach, veranlaßt, an seine Ortsvereine ein Rundschreiben zwecks Information zu senden. Um den Herrn Anton Weber nicht öffentlich zu blamieren, gehen wir von einer Veröffentlichung dieses Schriftstückes, das uns ein günstiger Wind auf den Redaktionstisch getrieben hat, ab.

Weber führt zur Verteidigung an, daß die Christlichen, diese „Hunde“, diese Ausgeburt der Verbände“, den Hirsch-Dunderfischen Gewerbeverein ausgeschaltet hätten. Dann heißt es wörtlich:

„Es blieb uns deshalb nichts anderes übrig als unsere eigenen Wege zu gehen und zwar nachdem wir dieses den Herrschaften erst offen erklärt hatten. Es galt also den Christen zu zeigen, daß wir nicht allein streiken wollen, wenn sie es haben wollen, das wir als selbständige Organisation handeln können, und das war es, was den Brüdern in die Augen fuhr.“

Bezüglich der Orthographie und Grammatik dieses Satzes müssen unsere Leser schon ein Auge zudrücken.

Es ist wunderbar, daß sich Anton Weber auf einmal darauf besinnt, daß seine Gewerbevereine selbständige Organisationen sind, die auch selbständig handeln können. Das klingt schrecklich mutig. Bisher haben die armen Gewerbevereine ihre Selbständigkeit vollständig vermissen lassen und ihre Handeln stets darnach eingerichtet, was der knallrote starke Bruder mache. Wenn jedoch das Erwachen des Selbständigkeitsbewußtseins derart in die Erscheinung tritt, wie in Biersen und Glabbach, dann kann man von den Hirschen noch manchen Streich aus dem Hinterhalte erwarten.

Jedoch noch folgendes. In seinem „herrlichen“ Rundschreiben redete Weber davon, daß die Hirsch-Dunderfischen Gewerbevereine nicht streiken, wenn andere es wollen. Ei, ei, seit wann denn dieser Standpunkt? Während des Krefelder Färberstreiks hat Herr Weber anders geredet und gehandelt. Da machte er unserem Verbands zum Vorwurf, daß er nicht mitstreikte, weil es die „deutsche“ Organisation verlangte, die unserem Verbands das schmerzstillende Halsband umlegen wollte. Gilt denn die Selbständigkeit des Handelns, die nun auf einmal die Hirsche für sich in Anspruch nehmen, nicht auch für die christlichen Gewerkschaften? Im Krefelder Färberstreik hat sich die H.-D. Organisation nicht als ein selbständiger Verband, sondern als ein jämmerlicher Exotat des sozialdemokratischen Verbandes benommen. Und die knallroten Gewerbevereine werden die getreuen Tritonine der knallroten Verwandten bleiben. Darum paßt das Kraftgefühl in Webers Schreiben schlecht zur Wirklichkeit und wir rufen Herrn Weber zu: Anton, steck' den Degen ein!

### Aus unserer Industrie.

#### Ueber die Geschäftslage in der Textilindustrie

Im Monat Juni berichtet die soeben erschienene Juli-Nummer des „Reichsarbeitsblattes“:

Die schlechte Lage der Baumwollspinnereien in Westfalen, Schlesien und dem Elsaß hat sich auch im Berichtsmoat nicht gebessert; er brachte im Gegenteil eine Verschlechterung durch den Rückgang des Abrufs, so daß in vielen Betrieben die Herabsetzung teilweise auf Lager genommen werden mußte. Die Baumwollpreise unterlagen nur geringen Schwankungen, doch veranlaßte die Unsicherheit des Marktes und die Unterscheidung der Preise alter und neuer Ernten die Verbraucher zu größter Zurückhaltung bei Bestellung neuer Aufträge. Auch die Baumwollweberereien, insbesondere diejenigen, die hauptsächlich nach dem Balkan arbeiten, mußten ihren Betrieb einschränken. Für die württembergischen Baumwollspinnereien war die Lage unverändert. Die Spinnereien und Webereien arbeiten noch an den alten Aufträgen und sind daher ausreißend beschäftigt. Der Eingang neuer Aufträge für die Spinnerei hat sich dort etwas belebt, dagegen lag eine vollständige Zurückhaltung für Gewebe vor, und zwar teils aus Angst vor Entwertung der Lager infolge günstiger Baumwollernterausichten, teils aus Gründen, welche mit dem teuren Gelbstande und der Krediteinschränkung zusammenhängen. Auch in Bayern war die Beschäftigung für die Spinnereien genügend, doch stockte auch in den Webereien der Abfah vollständig, so daß eine Arbeitsbeschränkung notwendig war. Die Baumwollspinnereien von Sachsen und Hannover hatten ebenfalls befriedigende Arbeitslage. Es bestand bessere Nachfrage für Garne aus Baumwolle alter Ernte, jedoch waren die erzielten Preise verlustbringend. Gegenüber dem Vorjahr gestaltete sich die Arbeitslage schlechter. Es wird dort über Mangel an geübten Arbeitskräften geklagt.

Für die Baumwollbunt- und Weißweberereien Schlesiens war nach einem Berichte des Verbandes schlesischer Textilindustrieller die Beschäftigung unzureichend. Die Randschaft und die Fabrikanten warteten auf billigere Wadenpreise; der Geschäftsgang war schleppend, wozu noch die politischen Unruhmigungen das ihrige beitrugen.

Die sächsische Wigognespinnerei war teilweise noch gut, teilweise schlechter als im Vormonat beschäftigt. Teures Geld in Verbindung mit politischen Unruhm tragen Unsicherheit in das Geschäft und hemmten jegliche Unternehmungslust.

Die Rammgarnspinnereien waren annähernd gut beschäftigt.

Bei der Wollwarenfabrikation ergab sich gegenüber dem Vormonate keine Veränderung.

Die Wollweberereien hatten nach einem Berichte des Verbandes sächsisch-thüringischer Webereien sehr mäßig zu tun und waren schlechter als im Vorjahr beschäftigt.

Die Betriebe für die Herstellung von Tuchen hatten im allgemeinen befriedigenden Arbeitsgang, doch ergab sich keine Verbesserung gegenüber dem Vormonate. Aus Spremberg wird über schlechte Beschäftigung geklagt; es bestand dort großes Ueberangebot von Arbeitskräften, dergleichen mußte die Arbeitsdauer herabgesetzt werden. Der Geschäftsgang in der westdeutschen Tuchindustrie blieb trotz mancher ungünstigen Umstände, die hauptsächlich in der lange andauernden unsicheren politischen Lage, in dem überpannt hohen Gelbstand, in den hohen Materialpreisen begründet waren, während des letzten Vierteljahrs im allgemeinen befriedigend. Vereinzelt, besonders von Fabriken, die hauptsächlich Robeartikel herstellen, wurde zwar eine Verschlechterung gemeldet, wogegen andere Fabriken über sehr gute Beschäftigung berichteten.

In der Anzahl der beschäftigten Arbeiter kamen wesentliche Schwankungen gegen den Vormonat kaum vor.

Die schlesischen Leinen-Webereien und -Spinnereien waren nach einem Berichte des Verbandes schlesischer Textilindustrieller noch gut beschäftigt. Das Abstreichen der Arbeiter zu Bau- und Landarbeiten machte sich dort bemerkbar.

Die rheinische Seidenindustrie war ziemlich gut und besser wie im Vormonat und Vorjahr beschäftigt, doch mußten teilweise Verkürzungen der Arbeitszeit eintreten, da es infolge des Streiks in den Färbereien an Material für die Fabriken mangelte.

Die Samtindustrie konnte im allgemeinen zufriedenstellend arbeiten, dagegen hat in der Samtbandindustrie die Nachfrage wieder nachgelassen, und blieb die Lage im allgemeinen wieder unbefriedigend.

Die Fabriken für Wolle und baumwollene Strickgarne waren im verfloßenen Monat ziemlich lebhaft beschäftigt, doch machte sich auch hier die allgemeine politische Lage durch Hemmung größerer Kaufkraft unangenehm bemerkbar.

Aus der Fabrikation von Strick- und Wirkwaren lauten die Berichte nicht einheitlich. Während aus Schlesien über wenig befriedigende Beschäftigung geklagt wurde, wurde die Lage in den Berichten aus Brandenburg ziemlich gut bezeichnet, doch zeigte sich auch hier eine Verschlechterung infolge der Geldknappheit und der gebotenen besonderen Vorsicht in Kreditgewährung.

Die Fabrikation von Tüchern und Schals hatte stille Saison.

Die Trikotwarenfabriken waren befriedigend beschäftigt, was sich auch in der erheblichen Steigerung der beschäftigten Arbeitskräfte bemerkbar machte.

Für die Blaueener Sticker- und Spitzenindustrie sind die Verhältnisse im wesentlichen die gleichen wie im Vormonate geblieben, doch zeigte sich dort eine erhebliche Verschlechterung gegenüber dem Vorjahr. Es war ein außergewöhnliches Ueberangebot von Arbeitskräften vorhanden.

Die Hanfspinnereien waren wie im Vormonate befriedigend beschäftigt.

Für die Kopfsaarspinnereien war nach einem Berichte des Verbandes deutscher Kopfsaarspinner der Beschäftigungsgrad nicht ganz normal und schlechter als im Vormonat und Vorjahr. Es herrschte Ueberangebot von Arbeitskräften. Infolge der eingetretenen Verschlechterung fand eine teilweise Verminderung der Arbeitskräfte statt.

Die Berichte von den Druckereien, Bleichereien und Färbereien lauten nicht einheitlich. Während aus Mühlhausen und aus Cottbus über unbefriedigende Beschäftigung geklagt wurde, bezeichnen andere Berichte die Beschäftigung als gut.

Der Beschäftigungsgrad zur Herstellung von Posamenten war sehr schlecht und schlechter als im Vorjahr.

16 Firmen der Textilindustrie berichten über eine Arbeiterzahl zu Ende Juni von 12008 gegen 11620 im Vorjahr, woraus sich eine Zunahme um 3,34 v. H. ergibt.

Aus der Textilindustrie berichten 442 Betriebskrankenkassen mit 94765 männlichen und 114841 weiblichen Mitgliedern. Gegen den Bestand am 1. Juni 1913 ergab sich am 1. Juli 1913 eine Zunahme der versicherungspflichtigen männlichen Mitglieder ohne Kranke um 155 und eine Abnahme der weiblichen Mitglieder um 814.

In der Gewerbegruppe Textilindustrie waren von 100 Mitgliedern von Fachverbänden arbeitslos:

Anzahl der Verbände	Mitgliederzahl	Juni 1913	Juni 1912
3	190725	0,9	0,6

#### Die Tuchindustrie in der westlichen Niederlausitz.

Die Produktion der Tuchindustrie im Bezirke der Handelskammer für die westliche Niederlausitz in Cottbus stellt sich nach Schätzung für das Jahr 1912 wie folgt:

Cottbus	230 000 Stück Tuche i. W. von 45 000 000 M.
Spremberg	190 000 " " " " " 24 000 000 "
Finstertal	20 000 " " " " " 3 500 000 "
Reiß	8 500 " " " " " 1 750 000 "
Zusammen	488 500 Stück Tuche " " " " " 71 1/2 Millionen Mark.

#### Prüfung der Lichtechtheit.

Die im Handel befindlichen Gewebe werden heute nach so mannigfachen Methoden gefärbt, daß der Begriff „echtgefärbt“ sehr dehnbar ist.

Bei den meisten der im Handel befindlichen Gewebe bildet die Prüfung der Lichtechtheit, die ja in der Regel mit der Waschechtheit identisch ist, das wertvollste Erkennungsmerkmal. Es ist vorgekommen, daß relativ teure Stoffe den an sie gestellten Anforderungen in dieser Hinsicht nicht entsprochen haben. Vor solchen Schäden und Enttäuschungen vermag man sich in verhältnismäßig einfacher Weise zu schützen, indem man ein vor dem Einkauf beschafftes Musterstück zur Hälfte in dunkles Papier schlupft. Der Rand des Papiers wird mit der Maschine festgenäht oder mit Stecknadeln festgesteckt. Die aus diesem Umschlage herausragende Hälfte setzt man der natürlichen Belichtung aus. Es ist keineswegs erforderlich diese Probe dem unmittelbaren Sonnenlichte auszusetzen, obwohl die Wirkung hierdurch wesentlich gesteigert wird. Nach zwei bis drei Tagen zeigt der Stoff ganz deutlich, ob und in welcher Weise er sich am Rande, bezw. im Gebrauch verändern wird.

Am interessantesten sind die Proben, die man mit verschiedenen Stoffen auf verschiedene Zeiten ausdehnen kann. Entfernt man das Papier nach einer beliebigen Belichtungsdauer, so ist die Veränderung deutlich wahrnehmbar, weil die bedeckte Hälfte unverändert geblieben ist. Dieses Belichtungsverfahren wird nicht allein in

unserem Gewerbe, sondern auch bei verschiedenen anderen Stoffen, wie Leder, Knochleum, Tapeten usw. mit Erfolg angewandt.

Ein patentiertes Flecken-Reinigungsmittel.

In Anbetracht der Bedeutung, die ein wirklich rationelles Flecken-Reinigungsmittel für alle diejenigen Kreise hat, die gewebte Stoffe verarbeiten, verdient eine patentierte Lösung, sofern die geschilderte Wirkung tatsächlich eintritt, nähere Beachtung.

Das Flecken-Reinigungsmittel besteht aus einer Lösung von Zucker, Alkalien und Alkohol in Wasser mit einem bestimmten Zusatz von Terpentin oder einem Ersatzstoff des letzteren.

Dieses nach dem patentierten Rezept hergestellte Reinigungsmittel eignet sich nicht allein zum Aufreischen und Wiederbrauchbarmachen alter, getragener Kleidungsstücke, sondern es können mit überraschender Wirkung auch Flecke aus farbigen Kleidungsstücken, Möbelbezügen usw. entfernt werden. Das Merkmal der Erfindung besteht im wesentlichen in dem Zuckerzusatze, der hier eine doppelte Wirkung hat, indem die Zuckerlösung nämlich einmal infolge ihrer spezifischen Schwere saugend wirkt und die Flecke aus dem Stoff in die darunter gelegten Unterlagen hineinzieht, und zweitens hat die Zuckerlösung auch eine Schutzwirkung, indem sie nämlich das Auslaufen der Farben, die durch die Alkalien angegriffen werden, verhindert.

Die Frage der internationalen Regelung der Garnmaße

Ist auch für die Textilarbeiterschaft von erheblicher Bedeutung. Darum haben sich die Konferenzen und Kongresse der Internationalen Vereinigung christlicher Textilarbeiterorganisationen wiederholt damit beschäftigt. So bildete auf dem internationalen Kongress der christlichen Textilarbeiterverbände 1902 in Gent „Die Art der Lohnberechnungen und die verschiedenen Maßvorrichtungen“ einen besonderen Punkt der Verhandlung, bei welcher Gelegenheit in einer Resolution „von den gesetzgebenden Körperschaften gesetzliche Bestimmungen zum Schutze des Arbeitslohnes in der Textilindustrie“ gefordert wurden. Um dieses Ziel zu erreichen, müsse „das metrische System allgemein in der Textilindustrie eingeführt werden“. Begründet wurde diese Resolution mit den ungeheuren Verschiedenheiten der Maß- und Gewichtssysteme in der Textilindustrie, die eine Ueberverteilung der Arbeiter leicht mache, weil es diesem an jeglicher Kontrolle fehle. Der Kongress in Lüttich 1905 forderte wiederum die internationale Garnnumerierung und die internationale Einführung des metrischen Systems bei Lohnberechnungen in der Textilindustrie. Auf dem internationalen christlichen Textilarbeiterkongress 1907 in Zürich wurde im Anschluß an ein Referat unseres Kollegen Schiffer über „Einigungsmethoden in der englischen Textilindustrie“ dieselbe Forderung erneut erhoben. Um ein gut aufgebautes Tarif- und Einigungssystem in der Textilindustrie zu erhalten, seien besonders erforderlich „gesetzliche Bestimmungen über das Lohnlistenwesen und die Berechnung des Arbeitslohnes in der Textilindustrie“. Damit eng verbunden ist die längst von Unternehmern und Arbeitern erstrebte einheitliche internationale metrische Garnnumerierung.

Auch die internationalen Unternehmerkongresse haben wiederholt die einheitliche Garnnumerierung und die Einführung des metrischen Systems gefordert. Die meisten Regierungen der beteiligten Staaten sind diesen Forderungen beigetreten. Nun scheint aber doch die Erledigung dieser Frage ferner denn je zu sein. Der Hauptförderer einer einheitlichen metrischen Garnnumerierung, ein bekannter schweizerischer Großindustrieller, ist vor einiger Zeit gestorben; ebenso sind die Führer dieses Planes in Frankreich durch die Opposition, welche die englischen Textilindustriellen der Sache entgegensetzten, derartig entmutigt worden, daß auch sie vorläufig jede Agitation aufgegeben haben. Von deutscher Seite ist ebenfalls ein Vorgehen in der Angelegenheit vorläufig nicht zu erwarten.

Gute Beschäftigung in der Tuch- und Budstinfabrikation der Niederlande.

Die holländischen Textilindustriellen haben fortgesetzt eine gute Beschäftigung zu verzeichnen und der Eingang von Aufträgen seitens der Stoffgroßisten und Versender ist sehr lebhaft gewesen. Winterstoffe werden an allen Konfektionsplätzen gleichmäßig stark bestellt, nicht nur für Herren-, sondern auch für Damenstoffe. Als maßgebende Stoffarten gelten flauschartige, glatte Wolstoffe mit variierter Abseite, Ratins, Wellins, usw. in dräumlischen Farben. Die flauschartigen sind diesmal meist kürzer in der Schur gehalten und feingarniger, als in der letzten Winterzeit. Auch sehr hübsche Variationen sind in den verschiedenen flauschartigen Stoffen hergestellt. In Winterstoffen sind auch viel Marengofarben mit Abseiten bestellt worden, die in Definierung den Paletstoffarten ähneln. In Winterpaletstoffen werden hauptsächlich marengofarbige Stoffe verlangt, sowohl in Wolstoff-Charakter, als auch in weichen, flauschartigen Geweben, während in billigen Qualitäten mehr foute- und cheviotartige Qualitäten verlangt werden. In Anzugstoffen haben die soliden Artikel den Haupterfolg und diese werden vor allem in melierten bräunlichen Farbenkombinationen und Marengofarben nachbestellt. Als Nebenmoderfarbe hat sich Blau in Melangen einen Platz erworben. Als Neuheit werden kleinfarierte Anzugstoffe für Winter wieder eine größere Rolle spielen. In Hosenstoffen werden in der Hauptsache viel cheviotartige

Qualitäten gekauft, die die schwarz-weiße Mode auf dunklem Grund fortsetzen. Was speziell Kostüms anlangt, so spielen hier bräunliche Kammgarnmelons die größte Rolle. Kleinfarierte Artikel in Schwarz-Weiß-Rot sind sehr viel bestellt worden. Dagegen hat das Interesse für rauhe Cheviotqualitäten etwas verloren. Die Fortker Kollektionen sind diesmal für Winter sehr reichhaltig ausgestattet worden. Winterstoffe sind in billigen Qualitäten sehr stark bestellt worden, auch haben gut gedeckte glatte Gewebe in Flausch- und Cheviot-Appretur recht schöne Erfolge erzielen können. In Spremberg werden in der Hauptsache Kammgarnimitationen fabriziert und das Geschäft darin ist lebhafter als in den letzten Jahren. Die neugemusterten Marengofabrikate und Covercoatgeneses sprechen sehr gut an. Die Fabrikanten in Guben haben es verstanden, das Geschäft in den guten Herrenstoffqualitäten an sich zu bringen, und sowohl Stapelartikel als auch Neuheiten sind darin recht gut gekauft worden. In Sommerfeld ist das Geschäft in Luchen, Satins und Kammgarnartikeln recht lebhaft geworden. Sagan hat in den beliebten Untertiteln reichlich Arbeit. Die großen Tuchfabrikationsbetriebe in Grünberg haben ebenfalls zu Klagen nicht Anlaß.

Aus dem Verbandsgebiete.

Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten.

Sorau.

Ein Mißerfolg des „deutschen“ Verbandes. Der sozialdemokratische Textilarbeiterverband reichte anfangs April bei der Firma Gemeinert in Seifersdorf bei Sorau folgende Forderungen ein:

- 1. Eine Lohnzulage von 15 Proz. für alle Akkordarbeiter. (Akkord für Weber, Scherer, Kopslerinnen, Treiberinnen, Warenlegerinnen, Mangle, Manglegerinnen, Spinnerinnen und Näherinnen. D. B.)
2. Für Wochenlöhne eine Lohnzulage von einer Mark pro Woche für männliche wie weibliche Arbeiter.
3. Die Stundenlöhne sind für männliche Arbeiter über 18 Jahre für Arbeiten im Betrieb auf 25 Pfg. und für Arbeiten außerhalb des Betriebes auf 30 Pfg. zu erhöhen. Desgleichen soll eine Erhöhung der Löhne für weibliche Stundenarbeiter eintreten.
4. Einführung einer 1 1/2 stündigen Mittagspause.
5. Aushängen einer Lohnabelle.

Diese Forderungen können u. G. als sehr bescheiden bezeichnet werden, umso mehr, als die Löhne bei Gemeinert sehr niedrig sind. Nach einem Bericht der „Märkischen Volksstimme“ Nr. 91 hat denn auch der Gauleiter Köpke vom sozialdemokratischen Verband die Löhne der Firma Gemeinert als „die erbärmlichsten im ganzen Industriebezirk“ bezeichnet.

Die Höhe derselben wurde wie folgt angegeben:

Table with 2 columns: Lohnart, Betrag. Includes: Wochenlohn für Mangle 15-16 M., Schlichter 14,50, Akkordlohn Scherer 11-13, Stundenlöhne 20 Pfg.

(Die Arbeiterinnen verdienen aber noch bedeutend weniger. D. B.)

Herr Gemeinert bewilligte hierauf 5 Proz. Lohn-erhöhung ab 1. Oktober nur für die Weber. Eine vom sozialdemokratischen Verband einberufene Versammlung beschäftigte sich nunmehr mit der angebotenen Lohn-erhöhung. Nach einem Bericht der „Märk. Volksst.“ in Nr. 93 wurde das Angebot der Firma Gemeinert, nur den Webern 5 Proz. Lohn-erhöhung zu geben, mit Ent- rüstung zurückgewiesen. Die Scherer, Kopslerinnen, Treiberinnen, Mangle, Manglearbeiterinnen, Waren- legerinnen, Spinnerinnen, Näherinnen sowie sämtliche Stunden- und Tagelöhner sollten leer ausgehen.

Der „deutsche“ Verband wurde mit der Fortführung der Bewegung betraut, und es wurde die Kündigung eingeleitet. Während der Kündigungsfrist fand nun nach einem Bericht der „Märk. Volksst.“ in Nr. 104 eine Verhandlung statt, an welcher auch ein Beamter des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes teilnahm. Herr Gemeinert bewilligte ab 3. Mai für Weber und Kettenmacher 5 Proz. Lohn-erhöhung; ab 1. Januar 1914 für Weber noch 3 Proz.; ab 1. Juli für Treiberinnen 5 Prozent.

Table with 2 columns: Beruf, Ergebnis. Includes: Die Kopslerinnen erhielten nichts!, Manglearbeiterinnen nichts!, Warenlegerinnen nichts!, Spinnerinnen nichts!, Näherinnen nichts!, Mangle nichts!, Tagelöhner nichts!, Stundenlöhner nichts!, Wochenlöhner nichts!

Nichts hörte man auch mehr von der 1 1/2 stündigen Mittagspause und dem Aushängen einer Lohnabelle. Nach der in roten Domänen von den sozialdemokra- tischen Führern üblichen Begründung: „Wenn auch bei dieser Lohnbewegung nicht alle Forderungen glatt be- willigt wurden, so ist es doch ein kleiner Erfolg, den die Organisation aufzuweisen hat“, nutzten die Kündigungen zurückgezogen werden. Man sieht also, daß der sozial- demokratische Verband im Gegensatz zu Krefeld sehr be- scheiden sein kann.

Folgendes verdient hervorgehoben zu werden: Zur selben Zeit, wo die Arbeiterschaft der Firma Gemeinert gezwungen wurde, unter ganz winzigen Zugeständnissen die Kündigungen zurückzuziehen, verbreiteten Gewerkschaftsgenossen in den Arbeiterhäusern ein vom Komitee „Konfessionslos“ herausgegebenes Flugblatt. Mit Bezug- nahme auf den neuen Steuerzettel wurde zum Austritt aus der Landeskirche aufgefordert. — Jedenfalls ist solches ein ganz neues Mittel, um die Lohn- und Arbeits- bedingungen zu verbessern.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Chemrot (bad. Albtal). Auch Chemrot läßt wieder ein- mal etwas von sich hören. Mancher wird schon gedacht haben, Chemrot scheint in einen tiefen Schlaf ver- sunken zu sein. Aber weit gefehlt, ein reger Gewerkschafts- und Agitationsgeist herrscht auch bei uns. Das zeigte sich besonders wieder in unserer Versammlung am 23. Juli, die einen sehr guten Besuch aufzuweisen hatte. Besonders unsere Kolleginnen waren überaus zahlreich erschienen. Nach ein- leitenden Worten des Kollegen Ziegler berichtete unser Kassierer, Kollege Anderer, über die Einnahmen und Ausgaben des zweiten Quartals. Alsdann folgte ein Vortrag über die kulturelle Bedeutung der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Ueber den gegenwärtigen Stand unserer Lohnbewegung und über unsere nächsten Aufgaben berichtete unser Lokalbeamter. Eine sehr lebhafte Diskussion folgte diesen Ausführungen, die zur Klärung der ganzen Sachlage vieles beigetragen haben dürfte. Mit dem gegenseitigen Versprechen, dafür Sorge zu tragen, daß allüberall im Albtale die Bewegung auf der Höhe bleiben solle, ging man auseinander.

Forst (Lausitz). Eine Versammlung für unsere Jugendlichen. Auf Beschluß des Vorstandes der Orts- gruppe Forst fand am 22. Juli eine Versammlung jugendlicher Kollegen und Kolleginnen, zwecks Gründung einer Jugen- dabteilung statt. Dem Rufe des Vorstandes war eine statt- liche Anzahl unserer jungen Kollegen und Kolleginnen gefolgt. Nachdem ein gemeinsames Lied gesungen worden war, eröffnete der Vorsitzende die Versammlung und hieß die Erschienenen aufs herzlichste willkommen. Er führte unter anderem aus, daß die zahlreich besuchte Versammlung den hiesigen Vorstand ermuntern werde, auf dem nunmehr beschrittenen Wege fort- zuschreiten, um die christlich-nationale Jugendbewegung am hiesigen Orte zu einer machtvollen Entwicklung zu gestalten. Hierauf erteilte derselbe dem Kollegen Fäßbender das Wort zu einem Vortrage: „Ueber die Notwendigkeit der Jugend- bewegung“. Redner schilderte in kurzen Zügen die Not-wendigkeit der Sammlung der Jugend und weshalb wir uns nicht der sozialdemokratischen Jugendbewegung anschließen können. Dann verbreitete sich derselbe über den Zweck einer Jugendabteilung und was wir innerhalb derselben zu tun gedenken. Am Schlusse seines Vortrages sah man, daß die Anwesenden begeistert von einer Jugendabteilung waren, was in der Diskussion von den jugendlichen Kollegen und Kolleginnen besonders zum Ausdruck kam. Alle Anwesenden erklärten ihren sofortigen Beitritt, worauf zur Wahl eines Vorstandes geschritten wurde. Aus der Wahl gingen als gewählt hervor, Kollege Fetzl Meißner als erster Vorsitzender, Kollege Fritz Bultel als Kassierer, Kollegin Frieda Holzhausen wurde erste und Kollegin Elisabeth Lornow zweite Schrift- führerin. Als Beisitzer wurde Kollege Erich Schneeweiß ge- wählt. Die Aussicht über die Jugendabteilung wurde dem Kollegen Paul Knorr übertragen, welcher sich in dankens- werter Weise bereit erklärte. Nachdem für die nächste Ver- sammlung, die am 30. Juli stattfinden soll, die verschiedensten Unterhaltungsarten besprochen worden waren, ermunterte Kollege Fäßbender die Anwesenden nochmals, treu zur Jugend- abteilung zu halten und die Veranstaltungen möglichst pünkt- lich und vollständig zu besuchen, auch nicht zu unterlassen, immer mehr Kolleginnen und Kollegen für die Jugendabteilung zu begeistern und derselben zu zuführen, zum Wohle der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Zum Schluß wurde noch ein gemeinsames Lied gesungen, worauf Kollege Walzer die schön verlaufene Versammlung schloß, indem er der Jugend nochmals ans Herz legte, treu zur Fahne des christlich- nationalen Textilarbeiterverbandes zu halten.

NB. Die Zusammenkünfte finden bis auf weiteres im Lokale des Herrn Grafmann (Gerberstraße 26) statt und zwar für diejenigen, die nicht zur Fortbildungsschule müssen um 8 Uhr, für die andern nach Schluß der Schulzeit. Der Schluß dieser Zusammenkünfte soll spätestens um 10 Uhr erfolgen. Auch ist niemand gehalten, irgend welche Getränke zu kaufen, da wir mit dem Wirt diesbezügliche Abmachungen getroffen haben.

Forst i. L. Entweder rot oder kein Brot. Zu dieser Notiz in der Nummer 31 dieser Zeitung erhalten wir folgende Berichtigung:

Es ist nicht wahr, daß ich in der Privatklage des christlichen Textilarbeiter, der in der Volksstimme der Uhr- macherei beschuldigt war, es „nicht für notwendig hielt, den Wahrheitsbeweis anzutreten, sondern es vorzog, meine wertere Person unsichtbar zu machen.“

Wahr ist vielmehr, daß ich mich von Anfang Juli bis 24. Juli in Bornholm (Dänemark) aufhielt. Die Zufassung zu dem Schöffengerichtstermin in Forst kam erst am 25. Juli früh dreiviertel sieben Uhr in meine Hände. Da der Ver- handlungstermin aber schon auf Dienstag, den 22. Juli, mittags punkt 12 Uhr angesetzt war, konnte ich nicht recht- zeitig erscheinen.

Das Gericht hat den Vorführungsbesehl sofort nach Bekanntwerden des Tatbestandes wieder aufgehoben. Ich habe mich also nicht „unsichtbar“ gemacht, sondern war an dem betreffenden Tage in Forst deshalb nicht sichtbar, weil ich nicht wußte, daß man mich vor Gericht zu sehen wünschte. Was die übrigen Behauptungen anbelangt, so werde ich die Gelegenheit nicht veräumen, persönlich vor Gericht fest- stellen zu lassen, wo die Wahrheit zu suchen ist.

Emil Rabold
Redakteur der Märkischen Volksstimme
Cottbus, am Amtsteich 18.

Wir werden in der nächsten Nummer auf diese Be- richtigung zurückkommen.

Freiburg i. B. Nach langer Pause konnte am 22. Juli wieder eine Mitgliederversammlung stattfinden, die ziemlich gut besucht war. Der Kassierer gab den Rechens- schaftsbericht vom ersten und zweiten Quartal. Aus dem- selben ist zu entnehmen, daß die finanziellen Verhältnisse der Ortsgruppe, dank der Einführung des Lokalbeitrages, eine Gesundung aufweisen. An Krankenunterstützung wurden im ersten Quartal 49,50 M. ausbezahlt, Sterbeunter- stützung 45 M., Arbeitslosenunterstützung 6,60 M. Im zweiten Quartal wurden 9 M. Reiseunterstützung ausbezahlt. Die Gesamtunterstützungssumme belief sich demnach im ersten Halbjahr 1913 auf 110 M. Die Gesamteinnahmen auf 144,30 M. Die Lokalkasse hat, trotz erheblicher Ausgaben anlässlich der Krefelder Bewegung Verteilung der Flugblätter, öffentliche Versammlung) einen Kassensbestand von 9,75 M. aufzuweisen. Unsere Kassens- verhältnisse sind gegenüber der Ortsgruppe der „Freien“ viel günstiger. Ihre Ortsgruppe leidet anscheinend an chronischem Geldmangel, obwohl die Mitglieder in der Mehrzahl in höhere Klassen zählen. Als Beispiel mag angeführt sein, daß laut Jahresbericht des Ortsartells der „freien“ Gewerks- chaften Freiburgs, die Ortsgruppe der „freien“ Textilarbeiter im Jahre 1912 — bei einem Mitgliederstand von 15 am

1. Januar 1913 — eine Gesamteinnahme von 444,63 M. hatte, von welcher Summe ganze 22,74 M. an ihre Zentral-kasse abgeführt wurden. Dieses Jahr wird auch vielleicht noch schöner sein, hat doch jetzt schon die Ortsgruppe von der Zentrale 30 M. „zu gut“. Auch ihre Lokalkasse hat 4 M. Schulden. Herz, was willst du noch mehr. Wir möchten unserer Zentralkasse keine solche Ortsgruppe wünschen.

Nach dem Kassenbericht hielt uns Kollege Oskar Kümmele einen kleinen Vortrag über: „Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1912“. Am Schlusse seiner Ausführungen ermahnte er die Anwesenden zu rastloser energischer Werbearbeit, zu regem Versammlungsbesuch und zu eifrigem Studium des Organes. In der Diskussion wurden besonders noch einige Mißstände in den Betrieben besprochen. Um in Zukunft eine Besserung des Versammlungsbesuchs herbeizuführen wurde beschlossen, jeweils am dritten Dienstag d. Mts. eine Mitgliederversammlung abzuhalten, ebenso auch monatliche Vorstandssitzungen. Zum Schluß wurde noch ein Kollege und eine Kollegin zu Kartelldelegierten gewählt und die anregende Versammlung um 10 Uhr geschlossen.

**Schweizer.** Tuberkulose und Arbeiterschaft. Vor erst kurzer Zeit hat Schweizer die Tuberkulosen-Banderausstellung in seinen Mauern beherbergt. Die verheerende Volkskrankheit Tuberkulose wurde da in den verschiedensten Formen ihres Auftretens dem Besucher vor Augen geführt. Unterstützt und vertieft wurde das Gesehene durch Vorträge von Fachleuten, und groß war der Eindruck, den diese Veranstaltung bei allen Bevölkerungskreisen hinterließ.

Manch gutes wird die Veranstaltung nach der aufläuternden Seite hin gebracht haben, manche Anregung zur Bekämpfung oder Verhütung dieser fürchterlichen Volkskrankheit werden die Besucher der Vorträge mit nach Hause genommen haben, wo sie sie zum Nutzen ihrer selbst, ihrer Angehörigen, und der ganzen Menschheit zu verwerten suchen werden.

Leider wird jedoch ein großer Teil der Bevölkerung, und zwar gerade jener Teil, der mit dieser Volkskrankheit am meisten zu rechnen und am meisten zu leiden hat, unsere Arbeiterbevölkerung, nicht in die Lage kommen, die hauptsächlichsten Anregungen praktisch durchzuführen. Diese hauptsächlichsten Anregungen, die wir hier im Auge haben, und die auch allein die Gewähr bieten, wirksam gegen die Tuberkulose zu sein, sind gute, luftige, möglichst große Wohnungen und gute kräftige Kost. Außerdem, so hörten wir in den Vorträgen der Fachleute, sollen in den Wohnräumen nicht zu viele Personen zusammen wohnen, jedes Familienmitglied solle möglichst sein eigenes Bett haben usw.

Zeder mit den Verhältnissen unserer Arbeiterschaft auch nur einigermaßen vertraute weiß nun, daß in den meisten Familien die Zustände im Wohnungsweien und auch in der Beköstigung der Familienmitglieder geradezu ein Schicksal auf die während der Ausstellung erhaltenen Ratschläge sind. Gar viele, speziell jene, die mit sozialen Tagesfragen verfaßt werden möchten, sind da gar zu leicht geneigt, alles dem Unverstand der Massen zuzuschreiben. Ist dem wirklich so?

Bei manchen wird der Unverstand mit spielen, gewiß; und auf diese wird die Veranstaltung der Tuberkulosenausstellung mit ihren belehrenden Vorträgen aufrüttelnd gewirkt haben. Aber in den weitaus meisten Fällen ist nicht Unverstand schuld, sondern das Unvermögen, die Unmöglichkeit, obige Anregungen zu befolgen. Und zwar unmöglich aus finanziellen Gründen.

Betrachten wir einmal das Jahreseinkommen unserer Arbeiterschaft. Wir berücksichtigen hierbei nur die drei hauptsächlichsten Berufe, die in unserer Stadt und in ihrer Umgebung in Betracht kommen, Textilarbeiter, Metallarbeiter und Holzarbeiter. Was für diese gilt, gilt auch für die anderen Berufe. Der Durchschnittslohn der Textilarbeiter beträgt nach den Angaben der Textilarbeitergenossenschaft von Elsaß-Lothringen noch keine 800 M. pro Jahr. Die Holzarbeiter Schweizer verdienen nach den genauen Aufzeichnungen, die anlässlich des jetzigen Streiks gemacht wurden, zwischen 1000 und 1200 M. Auf der gleichen Höhe bewegt sich der Jahresverdienst der Metallarbeiter.

Daß diese niedrigen Einkommen zur äußersten Einschränkung der Ausgaben für die Lebensunterhaltung zwingen, liegt auf der Hand. Am meisten eingeschränkt müssen werden die Ausgaben für Wohnung und Beköstigung. Wie viele Familien sehen jahraus jahrein nichts wie Kartoffeln und wieder Kartoffeln auf ihrem Mittagstisch, morgens und abends eine Schüssel Kaffee mit einem trocknen Stückchen Brot. Wenn denn davon mindestens noch genug vorhanden wäre! Aber auch das ist in leider nur zu vielen Familien nicht der Fall. Sondern mit möglichst kleinen Portionen müssen sich die hungernden Mägen begnügen.

Als Wohnungen sind nur allzuoft wahre Höhlen zu finden; kleine, niedrige Zimmer, kleine Fenster, alles noch möglichst verbarriadert, damit ja keine frische, gesunde Luft hinein kann. Dazu die ganze Familie, wenn sie auch noch so groß ist, zum Schlafen in ein bis zwei, wenns gut geht, drei Zimmern untergebracht, so daß durch die Ausdünstungen während des Schlafes eine Luft herrscht, daß diejenigen, welche von außen herein kommen, glauben, es ständen zu müssen.

Die Familienangehörigen empfinden wohl das Drückende ihrer Lage, sie wissen wohl, was ihnen not tut; allein, es fehlen ihnen die finanziellen Mittel, der Not zu steuern. Was mögen ihnen da all die schönen erbautlichen Belehrungen über Bekämpfung und Verhütung der Tuberkulose? Man gebe der Arbeiterschaft finanzielle Mittel zu dieser Bekämpfung in die Hand und man wird über die Erfolge erstaunt sein.

Leider scheinen alle Klagen der Arbeiterschaft in den Wind gesprochen zu sein. Die Arbeitgeber wollen sich nicht dazu verstehen, den gerechten Ausgleich zu schaffen; und so wird der Arbeiterschaft nichts anderes übrig bleiben, als durch Stärkung ihrer Stabsorganisationen sich mehr Einfluß auf die Gestaltung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses zu verschaffen.

**M. Gladbach.** Ein zweiter Arbeitervertretertag wird am Sonntag, den 10. August, nachmittags 3 Uhr, in M. Gladbach und zwar im Hotel Oberstadt (früher Rothen) Markt, abgehalten. Der erste Arbeitervertretertag, der am 3. Juli stattfand, hat sogleich Anlauf gefunden, daß auf einen guten Besuch dieser zweiten Tagung gerechnet werden kann. Der Aussprache steht diesmal die Invalidenversicherung.

**Glauchau.** In unserer Versammlung am 4. Juli gedachte der Vorsitzende des verstorbenen Kollegen Kirsch. Dieser wurde ganz besonders den Mitgliedern als ein eifriger Kämpfer unserer Bewegung in roten Sachen hingestellt. Danach nahm die Versammlung Stellung zu den von der Konvention gefassten Beschlüssen anlässlich der Forderungen der Färbereiarbeiter. Kollege Wolf gab einen kurzen Überblick über den bisherigen Gang der Verhandlungen; seine Ausführungen wurden vom Kollegen Melcher noch ergänzt. Die Versammlung beschloß, in einer Resolution unsere Wünsche zu formulieren und der Färbereikonvention aufzulegen zu unterbreiten. Betr. der Kosten für die Be-

teiligung des Kollegen Wolf an der Verhandlungskommission sollen alle an dieser Kommission interessierten Ortsgruppen einen Teil der Kosten übernehmen. Nach einem kurzen Schlußwort des Kollegen Melcher fand die Versammlung ihr Ende.

**Kirchvorbis.** Eine gut besuchte öffentliche Versammlung hielt die hiesige Ortsgruppe des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands am 20. Juli ab. Kollege Lenzing-Hannover hielt einen Vortrag über die Bedeutung der christlichen Gewerkschaften in unserer Zeit. Neben schilderte den Umfang und die große Bedeutung, die die Gewerkschaften in den letzten Jahren gewonnen hätten. Er zeigte wie die Gewerkschaften in der Lage sind, auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder hinzuwirken. Mit den Arbeitgebern suchen die christlichen Gewerkschaften in möglichst friedlicher Weise auszukommen. Letztere sind besonders auch deshalb notwendig, weil sie gegen die immer stärker vordringenden sozialdemokratischen Gewerkschaften einen wirksamen Wall aus der christlich-nationalen Arbeiterkassette bilden können. Der Vortrag fand in der Versammlung reichen Beifall. Während des Vortrages des Kollegen Lenzing kam es in der Versammlung zu einem kleinen Intermezzo. Es erschien der Herr Ortsgruppenleiter in Begleitung eines Herrn Gendarmeriewachmeisters, in der ausgesprochenen Absicht, die Versammlung polizeilich zu überwachern. Es wurde den beiden Herren vom Referenten höflich aber entschieden bedeutet, daß sich die Versammlung eine polizeiliche Überwachung nicht gefallen lassen würde, da das Vereinsgesetz eine solche für Gewerkschaftsversammlungen nicht vorsehe. Als nun die Herren baten, als Gäste anwesend sein zu dürfen, wurde ihnen dieses von der Leitung gern gestattet.

**Vörrach.** Stellungnahme zur Sonntagsruhe. Der hiesige deutsch-nationale Handlungsgehilfen-Verband hatte auf Dienstag, 15. Juli, eine öffentliche Versammlung einberufen, die Stellung nehmen sollte zur Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Um die Handlungsgehilfen in ihrem Bestreben zu unterstützen hatte der Soziale Ausschuß seine Mitglieder zu dieser Versammlung eingeladen. Der kleine „Markgräflerhofsaal“ war denn auch dicht besetzt und manche mußten wieder umkehren, da sie keinen Platz mehr erhalten konnten. Der Hauptredner des Abends sprach über: „Die Behandlung der Sonntagsruhe durch den Gemeinderat“. Bekanntlich sind hier die Läden an den Sonntagen noch bis 4 Uhr nachmittags — also 5 Stunden — geöffnet. Auf eine frühere Eingabe der Gehilfenschaft hatte der Gemeinderat beschlossen, im Hinblick auf die bald bevorstehende reichsgesetzliche Regelung der Sonntagsruhe von einer Einschränkung der Sonntagsverkaufszeit in offenen Geschäften abzusehen. Demgegenüber legte der Referent dar, welche Gründe jetzt schon für die Einführung der völligen oder doch teilweisen Sonntagsruhe maßgebend sein müßten. Von unserer Seite sprachen in der Diskussion die Kollegen Kümmele und Ludwig Herr, welche die Gehilfenschaft der Unterstützung der christlich-nationalen Arbeiterschaft bei dem Bestreben nach besserer Sonntagsruhe versicherten. Mögen insbesondere die Arbeiterfrauen ihre Einkäufe am Samstag Nachmittag besorgen, das ist die beste Unterstützung für die Gehilfenschaft. Hoffentlich erreichen wir Arbeiter hier in Vörrach auch noch einmal den freien Samstag Nachmittag und können dann die Ladengeschäfte umso eher auf die Sonntagsarbeit verzichten.

**Neustadt, D.-Schl.** Als die älteste Ortsgruppe unseres Verbandes in Schlesien konnte bereits im Januar d. J. die Ortsgruppe Neustadt auf ihr zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Aus verschiedenen Gründen wurde die diesjährig geplante Feier mit dem diesjährigen Sommerfest des Kartells verbunden. Dem Sommerfest voran ging am Sonnabend, den 28. Juni in Rüggers Restaurant, welches seit der Gründung ununterbrochen uns als Versammlungsort gebietet hat, eine Festversammlung der Textilarbeiter. Mit der Abingung des ersten Teiles des vom Schriftführer Kollegen Schwarzer verfassten Festliedes wurde die gut besuchte Versammlung eingeleitet. In der Begrüßungsansprache hob Kollege Jungnickel die Bedeutung dieses Festes, sowie die Summe der in dieser Zeit von den Vertrauensleuten geleisteten Arbeit besonders hervor. Er gedachte auch der vor wenigen Tagen begangenen Festlichkeiten aus Anlaß des 25jährigen Regierungsjubiläum Sr. Majestät des Kaisers, würdige in kurzen Worten seine Verdienste um die Entwicklung des deutschen Reiches in dieser Zeit und brachte zum Schluß ein Kaiserhoch aus, in das die Festteilnehmer begeistert einstimmten. In lebenswüthiger Weise hatte Herr Lehrer Wiedemann einige Lieder für gemischten Chorgesang eingeübt, den die Sängerschar, fast ausschließlich aus christlich organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen bestehend, frisch und stimmungsvoll vortrug. Die Darbietungen fanden ungeteilten Beifall und es sei dem Dirigenten auch an dieser Stelle für seine Mühewaltung gedankt. An Stelle unseres Verbandsvorsitzenden, Kollegen Schiffer, der leider krankheitshalber in letzter Stunde abgehen mußte, hielt der Bezirksleiter des christlichen Bauhandwerkerverbandes Schwardt aus Rattowitz den Festvortrag. Er erörterte zunächst die Frage, warum Gewerkschaften überhaupt notwendig seien, warum christliche Gewerkschaften gegründet wurden, um zuletzt die Erfolge der christlichen Gewerkschaften in ihrem Bestreben, die Arbeiterschaft materiell und geistig zu heben, an Beispielen darzutun. Reicher Beifall lohnte seine Ausführungen. Nach Abingung des zweiten Teiles des Festliedes gedachte Kollege Jungnickel der Verdienste jener Kollegen, die die Ortsgruppe unter schwierigen Verhältnissen gegründet haben oder kurze Zeit darauf ihr beigetreten sind und nun das zehnte Jahr ihrer Mitgliedschaft beenden, oder zum Teil schon beendet haben. In sinniger Weise hatten die Kolleginnen ihren Ehrenplatz mit Blumen geschmückt, wie auch Kollege Jungnickel jedem der Jubilare namens der Ortsgruppe ein kleines Buch mit entsprechender Widmung überreichen konnte. Die Namen der Kollegen, die bereits 1903 dem Verbands beitraten und seit dieser Zeit ununterbrochen ihm angehören, sind: Jos. Herrmann, Paul Klamer, Karl Kölle, Josef Mehrfeld, Jos. Fröhlich, Jos. Schmidt, Karl Vogel, Th. Herrmann, Karl Heitner, Alois Hofrichter, Ant. Heißig, Paul Ottich, Florian Düring, Berth. Kreisel und Karl Kieger. Namens dieser Kollegen dankte der frühere langjährige Kassierer Jos. Herrmann für die erwiesene Aufmerksamkeit und warf einen Rückblick auf die Entwicklung der Ortsgruppe und die Schwierigkeiten, mit denen sie in den ersten Jahren zu kämpfen hatte. Bei frohem Wiederklang und musikalischer Unterhaltung blieben die Teilnehmer noch einige Zeit beisammen.

Auch die Ortsgruppe der Lederarbeiter konnte ihr zehnjähriges Stiftungsfest begehen, sodas am 29. Sonntag, den 29. Juni, eine Doppelfeier begangen werden konnte. Trotz des recht unsichern Wetters fanden sich Mitglieder wie auch Freunde unserer Bewegung recht zahlreich zu dem im Garten des Gesellenvereins-Hauses stattfindenden Sommerfest ein. Das recht gebiegene Festkonzert, ausgeführt von der

Kapelle des Feldartillerie-Regiments Nr. 57, fand allseitigen Beifall und Anerkennung. Leider setzte später ein feiner Sprühregen, der sich gegen Abend zu einem regelrechten Landregen entwickelte, ein und zwang die Festteilnehmer, vorzeitig den Saal aufzusuchen. Auch der geplante Festsackelzug konnte nicht ausgeführt werden. Leider konnten in dem geräumigen Saale nicht alle Festteilnehmer Platz finden, sodas viele der Mitglieder und auch Gäste weggehen mußten. Herr Stadtpfarrer Hübnert wie auch die andern hochwürdigen Herren Geistlichen ließen es sich nicht nehmen, längere Zeit dem Feste beizuwohnen. Auch Herr Landtagsabgeordneter Amtsgerichtsrat Beier befandete durch längere Anwesenheit seine Sympathie für die christliche Gewerkschaftsbewegung. Ebenso traf ein Glückwunschtelegramm des durch eine Reise am Erscheinen verhinderten Herrn Chefredakteur Bürtner von der Neustädter Zeitung ein. Mit einem kühlen Tanzkränzchen fand die trotz der unglücklichen Witterung schön verlaufene Feier ihren Abschluß.

**Pfaffenrot (bad. Albtal).** Reges Leben in unserer Ortsgruppe Marzell, so erschallt der Ruf des Schaffners der Albtalbahn. Nun wird es aber Zeit. Gut und Stod zur Hand und mit Witzgeschnelle aus dem Wagen. Jetzt heißt Bergsteigen. Die Leute aus dem Dorfe, die tagtäglich diesen Weg einigemal auf und ab gehen haben im Bergsteigen schon etwas Erfahrung. Dem Fremden aber geht betmahe der Atem aus. Hier auf lustiger Höhe befindet sich das jüngste Reis unserer christlichen Textilarbeiterbewegung im schönen Albtale. Eifrig ist hier gearbeitet worden, und die Arbeiter haben auch reiche Früchte gezeitigt. Als Beweis dafür kann wohl der gute Besuch unserer letzten Versammlung gebucht werden. In Behinderung des ersten Vorsitzenden leitete unser Vertrauensmann Kollege Sabacher die Versammlung. Nachdem unser Kassierer, Kollege Wymann, den Kassenbericht über das zweite Quartal gegeben hatte, berichtete unser Lokalbeamter über den gegenwärtigen Stand der Bewegung und unsere nächsten Aufgaben. Mit Interesse folgten die Anwesenden den Ausführungen, den sich eine kurze Aussprache anschloß. Mit dem Versprechen, die noch Fernstehenden in allernächster Zeit zu gewinnen, fand die Versammlung ihren Abschluß. Eine Stunde blieb man noch im gemüthlichen Kreise zusammen.

**Honstorf.** Historische Wandgewerbeausstellung 1914. Am 18. d. Mts. fand eine Sitzung der gesamten Ausstellungskommission statt, in welcher von den einzelnen Kommissionen über ihre bisherige Tätigkeit und deren Erfolge berichtet wurde. Nach dem Fortschritt der geleisteten Arbeiten zu urteilen wird der Preisausschuss in nächster Zeit in der Lage sein, Einzelheiten hierüber zu veröffentlichen. Für jetzt möge es genügen, wenn gesagt wird, daß das Gesamtbild der erstatteten Berichte ein befriedigendes genannt werden darf. Besonders auch im Hinblick darauf, daß im Laufe der Zeit weitere einflußreiche Herren für das Unternehmen gewonnen worden sind. Angesichts dessen sieht sich aber nun der Ausschuss erst recht veranlaßt, alles aufzubieten, um seiner Aufgabe voll und ganz gerecht zu werden und eine Ausstellung zu schaffen, die nach allen Seiten als etwas Ganzes angesehen werden darf. Auch die Regelung der so wichtigen Finanzfrage dürfte nach den Mitteilungen der Finanzkommission in allernächster Zeit ihre endgültige Erledigung finden. Im Anschluß an den kürzlich veröffentlichten Aufruf sei nochmals aufmerksam gemacht, daß Mitteilungen über historische Werte, welche in den Rahmen der Ausstellung passen, nach wie vor entgegengenommen werden. Gleichzeitig wolle man angeben, ob dieselben leihweise oder käuflich zu erlangen sind. Mitteilungen hierüber sind an den Vorsitzenden, Herrn Herrn. Deden, sowie an die Direktion der Preuß. Wandwerker-Fachschule erbeten.

**Schönau im Wiesentale.** In unserer Versammlung am 13. Juli war ein herrlich schönes Wetter, das die Menschen nach all den vielen Regentagen in die Natur hinauslockte, zumal noch manche ihre landwirtschaftlichen Arbeiten nicht beendet hatten. Wenn trotzdem unsere Versammlung nachmittags 3 Uhr im „Alden“ ziemlich gut besucht war, so ist das ein erfreuliches Zeichen dafür, daß ein Stamm treuer Mitglieder auch hier vorhanden ist. Unsere bewährte Kassiererin, Kollegin Meschenmoser, erstattete den Kassenbericht, aus dem hervorging, daß sich unsere Ortsgruppe gut gehalten hat. Am 1. Juli zählten wir 145 Mitglieder, und einen Lokalkassenbestand von 349,72 M. Bezirksleiter Kollege Kümmele sprach über die letzten großen Bewegungen in unserer Industrie und die Lehren, welche wir daraus ziehen sollen. Zum Schluß wurde noch die Beteiligung am Sächsischen Arbeitertag und andere geschäftliche Angelegenheiten besprochen.

**Spremberg.** Traurige Verhältnisse. Wie in der ganzen Niederlausitz, so herrscht auch in Spremberg ein schlechter Geschäftsgang. Arbeiterentlassungen sind an der Tagesordnung. Weber und Weberinnen werden auf unbestimmte Zeit nach Hause geschickt. Arbeitslosigkeit in den andern Städten der Niederlausitz ist auch nicht vorhanden, da überall großer Arbeitsmangel herrscht. Selbst bei flottem Geschäftsgang sind die Löhne hier selbst als sehr niedrig zu bezeichnen, so daß es der Arbeiterschaft nicht möglich ist, sich einen Vorkursen für Fälle der Bedürftigkeit zurück zu legen. Dadurch sind die Textilarbeiter in Zeiten schlechten Geschäftsganges direkt zum Darben verurteilt. Daß die hiesigen Arbeitgeber die Notlage der Arbeiter nach Möglichkeit auszunutzen suchen, braucht nicht erst gesagt zu werden. Große Abzüge für kleine Fehler, die sonst nicht beachtet werden, sind an der Tagesordnung. Wer sich dies nicht gefallen lassen will und glaubt, gegen derartige Ungerechtigkeiten Einspruch erheben zu müssen, wird unbarmherzig auf die Strafe gesetzt. Alle dem steht die hiesige Arbeiterschaft schutzlos gegenüber. Spremberg ist bekanntlich eine Hochburg des „deutschen“ Verbandes und zum Ueberflus befindet sich hier auch noch der Sitz des Gewerkschaftsvereins der Hirsch-Dunker. Wer nun glaubt, daß beide Verbände, die so schlecht entlohnte und so sehr bedrückte Arbeiterschaft in Schutz nehmen würden, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen, ist sehr auf dem Holzwege. Beide nehmen bekanntlich den Mund immer recht voll, da, wo sie in der Minorität sind, aber dort wo sie sich in der Majorität befinden, wo die Notlage der Textilarbeiter am größten ist, da schweigen sie, da darf an keine ernsthafte Bewegung gedacht werden. Ja Bauer, das ist auch etwas anderes, da würde es zu viel Geld kosten. Während und nach der verpufften Krefelder Färbereiarbeiterbewegung waren es diese beiden, bla und roten Brüder, die sich zu überbieten suchten im Schimpfen über den christlichen Textilarbeiterverband. Aber hier, wo es vor allen Dingen not tun würde, etwas für die Besserstellung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu unternehmen, da wird ängstlich darüber gemacht, daß die Arbeiterschaft ja nicht auf den Gedanken kommt, Ansprüche an ein menschenwürdiges Dasein zu stellen. Nur bei schlechtgehender Konjunktur wird in der hier erscheinenden sozialdemokratischen Zeitung ein Artikel über die hier bestehenden ganz erbärmlichen Verhältnisse der hiesigen Textilarbeiter angestimmt.

um die Leute bei der Stange zu halten, aber sobald die Geschäftslage wieder eine gute ist, sind Mißstände, schlechte Behandlung und unzureichende Löhne wieder vergessen. Wir meinen, es würde jedenfalls besser gewesen sein, daß das in Krefeld unnützlich verpulverte Geld für die Besserstellung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in Spremberg verwendet worden wäre, um es der hiesigen Arbeiterschaft zu erniedrigen, ein besseres Dasein fristen zu können, als dies bisher der Fall gewesen ist. Aber so lange die hiesigen Textilarbeiter und Arbeiterinnen nicht dazu übergehen, sich selber ein Urteil zu bilden darüber, bei welcher Organisation ihre Interessen am besten gewahrt werden, so lange ist an eine Besserstellung ihrer Lage nicht zu denken. Deshalb erwünscht für unsere Mitglieder die Pflicht, die uns noch fernstehenden aufzuklären und sie dem Zentralverband christlich-nationaler Textilarbeiter zuzuführen.

**Weiden b. Aachen.** Eine gutbesuchte Mitgliederversammlung, die am 20. Juli hier stattfand, zeigte das rege Interesse an der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Bei der Eröffnung begrüßte der Vorsitzende u. a. die hochw. Herren Präses des Rath. Arbeitervereins und des Rath. Junglingsvereins und eine Anzahl Kolleginnen. Ein mit Beifall aufgenommenen Vortrag des Kollegen Hamacher-Aachen über die sozialdemokratische Frauenbewegung in Deutschland belehrte uns über unsere zukünftige Arbeit und wurde eine gemeinsame Agitation für Textil-, Berg- und Metallarbeiter in Aussicht genommen. Hierzu sagten auch die Herren Präses des Rath. Arbeitervereins und Junglingsvereins ihre besondere Unterstützung zu. Kollege Schmitz gab nützliche Winke für die Lebensversicherung und warnte entschieden vor der roten „Volkshilfe“. Er empfahl den Anschluß an die Volksversicherung oder Leofasse. Es wurde noch Klage darüber geführt, daß der Zwinmeister bei der Firma Königsberger den unterstellten Arbeiterinnen eine unwürdige Behandlung zuteil werden lasse. Trotzdem diese Arbeiterinnen in Akford fleißig arbeiten müßten, würden sie vom Meister als Faulenzer, dummes Vieh und dergl. angebrüllt. Ganz unschuldig müßten Strafen bezahlt werden und würde mit Entlassung gedroht. Die Zwinerei bei der Firma Königsberger gleiche unter dem jetzigen Meister mehr einer Strafanstalt als einer Fabrikabteilung, in der für Lohn den ganzen Tag fleißig geschafft werde und wurde betont, daß die Gebuld der Zwinerinnen auf das höchste gestiegen sei. Auch könnten sich die Weber, wenn sie gelegentlich Garn holen müßten, die Anschauerei nicht länger bieten lassen.

Der Rassenbericht des Kollegen Schröder zeigte ein günstiges Bild unserer Ortsgruppe. Nach einem Hinweis zur Stärkung unseres Verbandes, sowie der andern Zahlstellen wurde die Versammlung geschlossen.

**Zell i. B.** Unsere Mitgliederversammlung am 25. Juli in der „Pfefferhütte“ war verhältnismäßig gut besucht. Der Kassierer, Kollege Sütterle, verlas die Abrechnung vom zweiten Quartal, welche richtig befunden und verkannt wurde. Bezirksleiter Kollege Kümmele berichtete hierauf über die Entwicklung der christlich-nationalen Gewerkschaften im Jahre 1912, ihre durchgemachten Kämpfe und den derzeitigen Stand. Darauf wurden noch geschäftliche Angelegenheiten besprochen.

## Volkswirtschaftliches und Soziales.

**Arbeitslosenversicherung für Stuttgart.** Ueber die am 1. Oktober vorigen Jahres in Kraft getretene städtische Arbeitslosenversicherung ist nunmehr der Bericht für das erste Halbjahr erschienen. Die auf der Grundlage des Genter Systems aufgebaute Versicherung gewährt Zuschußleistungen an die angeschlossenen Berufsvereine und an Einzelparer, letztere können sich auch zu Sparvereinigungen zusammenschließen. Bis jetzt haben sich mit Genehmigung des Gemeinderats 44 Berufsvereine und zwei Sparvereinigungen der Arbeitslosenversicherung angeschlossen. 22 Einzelparer haben sich durch Einlagen auf besonderen Arbeiterparbüchern das Recht zum Bezuge der Unterstützung erworben.

Im ersten Halbjahr haben sich 943 Personen als arbeitslos gemeldet, davon 414 Ledige und 529 Verheiratete mit 777 Kindern unter 15 Jahren. Von diesen wurden 145 Personen abgewiesen, demnach wurden zum Bezuge von Arbeitslosenunterstützung nur 798 Personen zugelassen, und zwar 329 Ledige und 469 Verheiratete mit 679 Kindern. Von den Zugelassenen gehörten die meisten dem Holzarbeiterverbande an, dann folgen die Verbände der Buchdrucker, Zimmerer, Metallarbeiter, Buchbinder usw. Unorganisierte wurde in 22 Fällen Unterstützung bezahlt. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit dauerte 16,4 Tage. An städtischem Zuschuß wurde im ganzen die Summe von 9746 M. bezahlt oder 10,92 Mark pro Fall.

Wenn auch bei der Kürze der Zeit noch kein abschließendes Urteil über die Einrichtung gefällt werden kann, so steht doch das eine fest, daß die Bestrebungen, die Einrichtung auch den Unorganisierten zugänglich zu machen, Gutes gemacht hat. 22 Einzelpersonen und zwei Sparvereinigungen haben sich die Vorteile der Einrichtung gesichert, das ist für die indifferenten Arbeiter ein klägliches Zeugnis, das beweist, daß jene Leute es nicht einmal verstehen, sich Vorteile zu sichern, wenn sie mit der Nase darauf gestoßen werden.

**Das Frauenelend in Frankreich** wird in einem Artikel der in Braunschweig erscheinenden „Landeszeitung“ in den düstersten Farben gemalt. Wenn man von dem schönen Frankreich, so heißt es da, von der Poesie des Landes der Freude und der Wohlhabenheit, von den idyllischen Reizen des Landlebens zwischen den grünen Weinbergen und den friedlichen Landhäusern schwärmt, so denkt man nicht daran, wie viel Elend zugleich auch dies glückliche Land in sich schließt, das Elend der arbeitenden Frau. Deutsche Mädchen werden immer von neuem gesucht werden müssen, in Frankreich ihr Glück zu versuchen, denn dort hat es die erwerbende Frau bei weitem schlechter als in dem sonst mit Unrecht geschmähten Vaterlande. Franz Wons gibt ein höchst beachtenswertes Bild von den kläglichen Verhältnissen der erwerbenden Frauen

in einem größeren Aufsatz des „Türmer“, dem die nachfolgenden Daten aus amtlichen Quellen entstammen:

Etwa 6 1/2 von 14 1/2 Millionen erwachsener Französinen müssen gegenwärtig ihr Brot in irgend einer Berufsarbeit verdienen. Davon sind fast die Hälfte in landwirtschaftlichen Betrieben aller Art tätig. Zwei Millionen etwa finden wir in Spinnereien und Webereien, der Seidenmanufaktur und in allen den mannigfaltigen Zweigen der Bekleidungs- und Modedindustrie. In Handel, Banken und Finanz sind eine halbe Million Französinen angestellt. 200 000 Frauen sind in Frankreich in „freien“ Berufsarten zu finden, als Künstlerinnen, Lehrerinnen usw. In welchem Umfange sind schließlich die Zahlen der weiblichen Beamten bei fast allen Behörden. Für gleiche Arbeit gleicher Lohn, heißt sonst der volkswirtschaftliche Lehrsatz. Nur den Frauen gegenüber wird eine Ausnahme gemacht. Weil sie gebuldiger und fleißiger und widerstandsunfähiger ist, muß sie mit geringerem Lohn vorlieb nehmen — auch dann, wenn sie nachweislich ebenso viel leistet als der Mann. Die Welt hat sich so an diese schreiende Ungerechtigkeit gewöhnt, daß Müller und Schulze es unerhört finden, wenn man etwas daran ändern will. In einem Teil der genannten Berufsarten können die Frauen gewiß zu gutem, hier und da — wie Künstlerinnen — zu einem sehr hohen Einkommen gelangen. Oft freilich sind die Zahlen auch nur eine Täuschung. In gewissen Berufen werden solche Ansprüche an Kleidung und Lebenshaltung gestellt, daß auch hohe Gehälter nur ein glänzendes Elend verbergen. Von den eigentlichen Arbeiterinnen verdienen — nach der Statistik des französischen Arbeitsamts — die Edelsteinschneiderinnen in Paris am meisten. Sie kommen auf etwa über 9 Franken am Tage. In manchen Departements erhalten die Näherinnen bei notdürftiger Verpflegung nur 25 Centimes (20 Pf.) am Tage. In der Höchstkategorie der Fabrikarbeiterinnen schwankt der Lohn zwischen 2,50 und 3,20 Franken, in der niedrigsten Klasse zwischen 1 Franken und 1,85. Nach den Berechnungen desselben Arbeitsamtes braucht eine erwachsene Frau in Frankreich durchschnittlich mindestens 2 Franken täglich, um leben zu können, wenn sie in der Stadt wohnt, 1 Franken täglich, wenn sie auf dem Lande ist. Von den städtischen Arbeiterinnen verdient aber bei weitem nicht die Hälfte jene 2 Franken. Sie sterben also Hungers? Auch das kommt vor. Fragt nur die Polizeiberichte — und wenn ihr schon auf der Polizei seid, so seht einmal in die Untzimmer der „Commission d'encartage“. Bei diesem Elend der unglücklichen, von Staats wegen zum Vieh erniedrigten und zum Schutz der zahlungsfähigen Bourgeois polizeilich abgestempelten Geschöpfe werdet ihr finden, daß in Dantes Hölle noch ein Dualkreis fehlt, denn der große Florentiner konnte die Erzeugnisse der heutigen bürgerlichen Gesellschaft nicht ahnen. Ja, rufen wohlmeinende Leute den Arbeiterinnen zu, wenn ihr nicht bei 20 Sous Tagelohn und 14, 16stündiger Arbeitszeit verkommen wollt, bleibt doch auf dem Lande! Auf dem Lande müssen die Arbeiterinnen sich in den meisten Departements mit noch weniger begnügen. Es gibt Departements, in denen das Jahreseinkommen in 65 bis 75 v. H. der Fälle unter 400, in 15 bis 25 v. H. der Fälle unter 200 Franken bleibt. In vielen von der benachbarten Industrie ausgebeteten Landschaften ist der Stundenlohn auf 6 Centimes gesunken. Die Hemden-Näherinnen kennen bei 115—150 Franken Jahreseinkommen den Genuß von Fleisch, Eiern, Milch nur vom Hörensagen. Die Seide macht viele Franzosen zu Millionären. Die Arbeiterinnen in den Seidenzuchtereien und Spinnereien Südfrankreichs fischen im Elend dahin. Bei der äußerst anstrengenden und höchst ungesundem Tätigkeit erhalten die Frauen 1,60 Franken für 10 Stunden Arbeitszeit. Die Männer erhalten für gleiche Tätigkeit das Fünffache. Im Durchschnitt erhalten die Männer in ganz Frankreich bei gleichem Beruf und gleicher Leistung 6,35 Franken, wo die Frau 2,10 Franken erhält. Das ist das Land der Egalité. Bisher sind die französischen Arbeiterinnen aber nur in verschwindend geringer Zahl zu bewegen gewesen, sich wie die männlichen Arbeitsgenossen zu organisieren.

## Versammlungskalender.

- Altenberg. 10. August, gleich nach dem Hochamte bei Brand.
- Bayreuth. 9. August, 1/8 Uhr, im evangelischen Vereinshaus.
- M.-Gladbach-Eicken. 9. August, 8 1/2 Uhr, bei Severin Reumers, Eickenstraße.
- 24. August, 3 Uhr, im Sozialen Hause, Marienkirchstraße, Arbeiterinnen-Versammlung.
- Solt. 9. August, 8 1/2 Uhr, im Lokale David Ares, Generalversammlung.
- Ludewalde. 17. August, 4 Uhr, im Lokale Otto Müllnerich, Barutherstr. 30.
- Neuwert. 9. August, 9 Uhr, bei Anton Kommerstirchen.
- 16. August, 9 Uhr, bei Anton Kommerstirchen.
- Odenkirchen. 17. August, 10 Uhr, im deutschen St.
- Schießbahn. 9. August, 8 1/2 Uhr, bei Heinrich Katzer.
- Wierfen. 10. August, 10 1/2 Uhr bei Heutgens, für die Bezirke Dorf und Malsfer.
- Winkrath. 17. August, 11 Uhr, bei Wilh. Hermans, Generalversammlung.
- Wanlo. 10. August, 4 1/2 Uhr, bei Kolden, Gewerkschaftsamt.
- Wickrath. 10. August, Ausflug nach Wanlo zum Gewerkschaftsfest. Antreten 3 Uhr Lönnendonker.

## Literarisches.

**Meyers Orts- und Verkehrs-Lexikon des Deutschen Reichs.** Fünfte, vollständig neu bearbeitete und vermehrte Auflage. Auf Grund amtlicher Unterlagen von Reichs-, Landes- und Gemeindebehörden herausgegeben von Dr. C. Neurecht. Mehr als 210 000 Artikel und Verweisungen mit 52 Stadtplänen, 19 Umgebungs- und

Uebersichtsarten sowie einer Verkehrsarte und vielen statistischen Beilagen. Zwei Bände in Leinen gebunden zu je 18 M. Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien.

Der sechsten ausgegebene zweite (und Schluß-) Band von „Meyers Orts- und Verkehrs-Lexikon“ ist noch umfangreicher als der im Herbst vorigen Jahres erschienene erste. Die beiden stattlichen und gewichtigen Bände umfassen zusammen 2338 Großfoliabseiten und enthalten auf doppelt soviel Spalten mehr als 210 000 Artikel und Verweisungen. Da gibt es aber auch keine selbständige Siedlung in Deutschland, die hier nicht zu finden wäre und von der man nicht genaue Angaben über ihre geographische Lage erhielt und erfahren könnte, zu welchem Staate, zu welcher Provinz, zu welchem Regierungsbezirk, Kreis, Bezirksamt usw. sie gehört, wieviel Einwohner sie hat, welches Gericht, Bezirkskommando, Standesamt für sie zuständig ist, ob sie Post-, Telegraphen- oder Fernsprechverbindung hat und welche die nächste Bahn- oder Dampfstation ist. Aber nicht das allein, es unterrichtet auch über die im Orte bestehenden Reichs-, Landes- und Gemeindebehörden, über Handel und Industrie, Berufsvereinigungen, Märkte, Servitklasse und vieles andere mehr. Die Angaben des Wertes beruhen auf amtlichen Unterlagen und erreichen den denkbar höchsten Grad von Zuverlässigkeit und Vollständigkeit. Mit großem Geschick sind in das Werk die Verkehrsangaben hineingearbeitet. Besondere Artikel sind den schiffbaren Wasserstraßen gewidmet und dabei Bemerkte über ihren Lauf, ihre Abzweigungen, Höhenmarken, Kilometerlängen, Schleusen sowie Angaben über Art der Schifffahrt, Abgaben, Flößerei usw. gemacht. Dagegen sind die Staats- und Kleinbahnen mit ihren Bahnstrecken und Stationen sowie die Personenschnell- und Automobilverbindungen jeweils im Zusammenhang mit den durch sie verbundenen und berührten Ortschaften angeführt. Wo derartige Verbindungen fehlen, ist stets die nächstgelegene Station für Bahn- oder für Schiffsverkehr und ihre Entfernung in Kilometern angegeben und kenntlich gemacht, ob sie dem Personen-, dem Güter- oder dem Gesamtverkehr dient. Bei Orten mit einer Kleinbahnstation ist die Uebergangsstation von der Staatsbahn auf die Kleinbahn vermerkt. Höchst wertvoll sind die dem Werte beigegebenen zahlreichen farbigen, hervorragend gut ausgeführten Stadtpläne und Umgebungsarten, von denen die „Verkehrs- und Karte von Deutschland“ und der „Plan von Groß-Berlin“ zur bequemeren Handhabung lose beigegeben sind, während die anderen Pläne und Karten jeweils bei dem betreffenden Ortsartikel erscheinen. Ausführliche Straßenverzeichnis ermöglichen es dem Benutzer, sich sofort über die Lage der Straßen, der öffentlichen Gebäude, über die Straßenbahnlinien usw. zu unterrichten und das zuständige Amtsgericht, Bezirkskommando, Standesamt und Postbestellamt festzustellen. Die Plan- und Kartenbeilagen wären schon für sich selbst ein höchst wertvolles Unternehmen. Außer ihnen bringt „Meyers Orts- und Verkehrs-Lexikon“ aber auch noch einen Anhang mit Uebersichten über Deutschlands Gerichtsweisen, über die Verfassung und politische Einteilung des Reichs, über Postwesen, Eisenbahnwesen, Einteilung und Standorte der deutschen Wehrmacht, über die Reichsbank und ihre Zweige, die Handels- und Landwirtschaftskammern, die Konsulate, den Binnen- und Seeschiffsverkehr, über Münzen, Maße und Gewichte, eine Zinstabelle u. a. Eine solche Vielseitigkeit läßt das Werk mit dem an sich spröden Stoff kaum ahnen. Jedenfalls wird es darin von keinem Unternehmen ähnlicher Art erreicht. Was man sich sonst an geographischen, verkehrstechnischen, wirtschaftlichen und statistischen Angaben mühsam aus vielen Nachschlagebüchern zusammensuchen mußte, hier ist alles planvoll, übersichtlich, zuverlässig und erschöpfend zusammengetragen und damit ein noch dazu preiswertes Werk geschaffen worden, von dem man dreist behaupten kann, daß es in den einschlägigen Fragen nirgends umsonst zu Rate gezogen wird. Wer erst einmal seine Vorzüge kennen gelernt hat, wird es nie mehr missen wollen. Es ist unentbehrlich für alle Behörden und Kontore und verdient wirklich unumschränktes Lob.

## Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Die Beendigung der Aussperrung in der Bocholter und Ahrer Textilindustrie. — Die Massenstreik-Debatten in der Sozialdemokratie. — Die Zahl der weiblichen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften. — Die wirtschaftliche Lage der Textilarbeiter nach den Berichten der Gewerkschaften. — Erlaubter und unerlaubter Boykott. — Feuilleton: Weben und Spinnen bei den ältesten deutschen Volksstämmen. — Allgemeine Rundschau: Ein erfreuliches Fazit. — Aus den Fingern gesogen. — Verlängerung der Amtsdauer der Ausschüsse bei den Versicherungsanstalten. — Zu den bevorstehenden Wahlen der Vertreter in den Krankenkassen. — Richtlinien deutscher Sozialpolitik. — Katholische Jugendvereine und christliche Gewerkschaften. — Der zweite Kongress der christlichen Gewerkschaften Belgiens. — Finanzgebarung gelber Wertvereine. — Tarifverträge und Massenstreik. — Anton, steck' den Degen ein! — Aus unserer Industrie: Ueber die Geschäftslage in der Textilindustrie. — Die Tuchindustrie in der westlichen Niederlausitz. — Prüfung der Lichtechtheit. — Ein patentiertes Flecken-Reinigungsmittel. — Die Frage der internationalen Regelung der Garnmaße. — Güte Beschäftigung in der Tuch- und Buckstinfabrikation der Niederlausitz. — Aus dem Verbandsgebiete: Lohnbewegungen und Arbeitsfreigigkeiten: Sozau. — Berichte aus den Ortsgruppen: Ehenrot. — Forst. — Freiburg. — Gebweiler. — M.-Gladbach. — Glauchau. — Kirchvorbis. — Lörsch. — Neustadt. — Pfaffenrot. — Ronndorf. — Schönau. — Spremberg. — Weiden. — Zell. — Volkswirtschaftliches und Soziales: Arbeitslosenversicherung für Stuttgart. — Das Frauenelend in Frankreich. — Versammlungskalender. — Literarisches.